

**Dirk Tänzler, Felix Tirschmann, Christian Heuser**

**Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn**

# **Neue Armut in Deutschland und der internationale Forschungsstand**

**Deliverable 1**

**Mai 2015**

## 1. Vorbemerkung

Die vorliegende Abhandlung gibt eine kritische Bestandsaufnahme der Daten und Erklärungen zur Armut in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Folgen der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise. Einleitend werden die Schwierigkeiten bei der Behandlung des Themas und die Uneindeutigkeiten in der Bewertung der Lage aufgezeigt. Es folgte eine kurze Darstellung der Armut im Spiegel der Sozialberichterstattung und der soziologischen Zeitdiagnose (3. Kapitel) sowie auf Grundlage eruierteter Desiderata der Forschung die Ableitung der im Bonner Projekt verfolgten Forschungsfrage und des eigenen Forschungsansatzes, nämlich einer wissenssoziologischen Analyse der Lebenspraxis und Lebensstile der Armen, kurz der Kultur der Armut (4. Kapitel). Aus dieser Perspektive erfolgt anschließend eine wissenssoziologische Rekonstruktion des Forschungsstands in der Armutsforschung (5. Kapitel) sowie des sozialpolitischen Diskurs in der Gesellschaft. Hier wird die These von der sozialen Konstruktion von Armut im Wohlfahrtsstaat entfaltet (6. Kapitel).

## 2. Einleitung: Annäherung an ein schwieriges Thema

Die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise hat die Armut und soziale Ungleichheit in der Union drastisch erhöht: In der Europäischen Union waren 2013 24,5 Prozent der Bevölkerung arm oder von sozialer Ausgrenzung betroffen. Dabei changieren die Extremwerte von 48 Prozent für Bulgarien, 40 Prozent für Rumänien und 36 Prozent für Griechenland (allein hier ein Anstieg von 7 Prozent seit 2008) einerseits und 14 Prozent in Norwegen, 16 Prozent für Schweden und Finnland sowie 19 Prozent für Luxemburg andererseits. In Deutschland waren 2013 20,3 Prozent betroffen – also jeder Fünfte oder 16,2 Millionen –, ein leichter Anstieg seit 2008, dem Jahr der Krise.<sup>1</sup> Auch die Arbeitslosigkeit ist historisch wie im europäischen Vergleich niedrig; im Jahre 2014 stiegen die Reallöhne bereinigt um 1,8 Prozent.<sup>2</sup> Deutschland gilt als Stabilitätsanker in der Welt. Die *Times* hat Frau Merkel nicht zuletzt wegen ihrer Russlandpolitik zur Person des Jahres gewählt.<sup>3</sup> In das Bild passen die relativ entspannte Haltung an den

---

<sup>1</sup> Studie „Leben in Deutschland“. Jeder Fünfte in Deutschland von Armut betroffen. Statistisches Bundesamt laut dpa in *Handelsblatt* vom 16.12.2014

<sup>2</sup> Die Reallöhne der Deutschen steigen kräftiger. Fast 2 Prozent Zuwachs wegen geringer Teuerung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.12.2014 mit Berufung auf das Statistische Bundesamt

<sup>3</sup> *The Times* vom 4. Mai 2014

internationalen Börsen und die dort erzielten Börsengewinne trotz erheblicher Risiken in der Welt.

Diese positive Bestandsaufnahme verdeckt aber eine sozialstrukturell äußerst problematische Dynamik in der Entwicklung über mehrere Dezennien. Bei genauerer Betrachtung erscheint die Lage unübersichtlich und zum Teil undurchschaubar wie die zum Schibboleth der neuen Zeit gewordenen neuen Finanzprodukte, die selbst führende Finanzexperten – so der ehemalige Vorstand der Deutschen Bank Breuer – nicht mehr verstehen.

Es wundert daher nicht, dass Wissenschaftler zu unterschiedlichen, ja konträren Einschätzungen der Lage kommen. Wirtschaftsforschungsinstitute attestieren Deutschland gemäß der klassisch wirtschaftsliberalen Vorstellung (die Armen profitieren von den immer reicher werdenden Reichen) ein stabiles Wachstum mit sinkender Armutsrate.<sup>4</sup> Sozialverbände monieren, dass seit fünf Jahren die Armut und Armutsgefährdung in Deutschland „konstant hoch geblieben“<sup>5</sup> sei und Sozialwissenschaftler beklagen eine wachsende und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdende Kluft zwischen Arm und Reich (u.a. Butterwege 2011).

Nimmt für die einen – paradigmatisch Thomas Piketty (Piketty 2013) – die soziale Ungleichheit seit den 1970 Jahren wieder zu, warnt etwa Gerhard Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor übertriebener, wenn nicht durch statistische Tricks erzeugter Ungleichmacherei: „Die Spaltung der Gesellschaft hat sich seit 2005 nicht mehr wesentlich geändert“.<sup>6</sup> Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Dezember 2014 titelt sogar: „Hartz IV hat die Ärmsten reicher gemacht“. Stimmung und Lage, so fand Allensbach heraus, fallen notorisch auseinander: „Ungleichheit überschätzt. Die Deutschen fühlen sich gerne schlecht“.<sup>7</sup> Das DIW musste aber in einer von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie einräumen, dass zwar die Unterschiede zwischen Vermögenden und Habenichtsen nicht weiter

---

<sup>4</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.12.2014

<sup>5</sup> Der Paritätische Gesamtverband: Die zerklüftete Republik. [http://www.der-paritaetische.de/index.php?elD=tx\\_naw-securedl&u=0&g=0&t=1430645483&hash=b0b584d74089ab99c2a852e89697adfc89434dbb&file=fileadmin/dokumente/2015\\_Armutsbericht/150219\\_armutsbericht.pdf](http://www.der-paritaetische.de/index.php?elD=tx_naw-securedl&u=0&g=0&t=1430645483&hash=b0b584d74089ab99c2a852e89697adfc89434dbb&file=fileadmin/dokumente/2015_Armutsbericht/150219_armutsbericht.pdf).

<sup>6</sup> In Deutschland wächst der Wohlstand. *Süddeutsche Zeitung* vom 23.12.2014

<sup>7</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.07.2014

wachsen, aber die Vermögen in Deutschland so ungleich verteilt sind wie in keinem anderen Land des Euroraums.<sup>8</sup>

Deutschland beschreitet (nicht erst) seit der Krise einen Sonderweg in Europa. Die Deutung und Bewertung dieser Entwicklung fällt aber verschieden aus, je nachdem welche Perspektive (ökonomisch vs. politökonomisch und sozialpolitisch) und vor allem welcher Zeitraum in Betracht gezogen wird. Ende der 1990er Jahre des letzten Jahrtausends noch als „kranker Mann Europas“ gescholten, leitete die Rot-Grüne-Regierung unter Schröder und Fischer eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische „Wende“ in Deutschland ein. Die Agenda 2010 und ihr Herzstück, die Hartz IV-Reformen, d.h. die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zwecks Beseitigung der in der Arbeitslosenstatistik und Arbeitsvermittlung nicht repräsentierten, weil als dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehenden Personen, führten zu einer radikalen Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -entlohnung. Der seit den 1970er Jahren für Deutschland typische Sockel (unvermittelbarer) Langzeitarbeitsloser wurde abgebaut und eine im europäischen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit erreicht. Zwar stiegen die Kosten der neuen gegenüber dem alten sozialpolitischen System, weil sich der Kreis der Anspruchsberechtigten, nicht unbedingt die Leistungen an den Einzelnen, unerwartet erhöhten. Trotzdem sprudelten selbst in Zeiten der Finanz- und Staatsschuldenkrise die aus der Erwerbsarbeit generierten Einnahmen des deutschen Fiskus und der Sozialversicherungen. Deutschland erlebte ein durch die Krise nicht zu erschütterndes zweites kleines Wirtschaftswunder. Allerdings waren und sind die Kosten für diesen, durch die Reform-Agenda 2010 ausgelösten, positiven Trend nicht weniger groß. Abgesehen von den unmittelbaren politischen Folgen – Machtverlust der Regierung Schröder/Fischer und Krise der Sozialdemokratie – ist der ökonomische Erfolg mit einer Verstärkung und Verstetigung sozialstruktureller Entwicklungen, d.h. Umverteilung von unten nach oben und Konstitution einer neuen Unterschicht sowie einem Durchschlagen der Flexibilisierung der Wirtschaft auf die Gesellschaft zu konstatieren.

Die Reformen der Agenda 2010 haben in Deutschland Anpassungsprozesse an die im Zeichen des Neoliberalismus stehende Globalisierung der Märkte vorweggenommen, die in anderen

---

<sup>8</sup> Patrick Bernau: Wie Schlimm sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.02.2014. Berücksichtigt man aber auch Renten- und Pensionsansprüche, wie, so Bernau, der DIW selbst in einer älteren Studie vorgerechnet habe, verringere sich die Ungleichheit in Deutschland signifikant um ein Fünftel.

europäischen Ländern – vor allem in Griechenland – im Gefolge der Finanzkrise und der von Deutschland forcierten Austeritätspolitik „nachgeholt“ wurden, zu deren Legitimation dann plötzlich von „Staatsschuldenkrise“ gesprochen wurde. Damit die Steuerbürger die Rettung der Banken durch Sozialisierung der von ihnen verursachten Schulden als alternativlos hinnahmen, mussten die Hauptschuldigen – die Banken und die Deregulierer in der Politik – auch moralisch entlastet werden, was dadurch geschah, dass man sie als Nebenakteure des „Systems“ ausgab.

Will man also den Einfluss der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Armutsentwicklung in Deutschland bestimmen, dann sind querschnittartige Momentaufnahmen wenig aussagekräftig, wenn diese nicht in langfristige Trends eingebettet sind. Es sind besonders jene sich u.U. wandelnden Wahrnehmungen und Verständnisse – ggf. auch Umdeutungen bis hin zur Unkenntlichkeit – des Phänomens „Armut“, die hierfür im gesellschaftlichen und akademischen Diskurs sowie in deren Wechselwirkungen in den Blick genommen werden müssen. Wenn im Folgenden daher eine Rekonstruktion des augenblicklichen akademischen Wissensstands zum Thema Armut vorgenommen wird, dann in der Absicht, die bestehenden Desiderata der aktuellen Armutsforschung zu benennen und darauf aufbauend den Einsatzpunkt und den eigenen Standort des Forschungsprojekts zu bestimmen.

Hinsichtlich der Definition des Problems ist, wie in postmodernen Zeiten der schon nicht mehr so „Neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985) nicht anders zu erwarten, alles andere als Eindeutigkeit zu konstatieren. Was unter Armut verstanden wird, variiert erheblich. Auch für die Ursachen von Armut werden zahlreiche Erklärungen abgegeben: Recht unterschiedliche Gewichtung werden dem Einfluss der geographischen Lage, der Kultur, Religion und Tradition oder dem Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlicher Institutionen auf die Entstehung und Entwicklung der Armut zugeschrieben (s.u.). Entsprechend breitgefächert sind die Vorschläge zur Bekämpfung der Armut. All das lässt vermuten, dass sich weder das *eine* Patentrezept gegen Armut noch die *eine* ausschlaggebende Ursache für Armut benennen lassen. Ja, schon rein begrifflich ist selbst die Verwendung des Ausdrucks Armut nicht unproblematisch: „Wer ihn benutzt, betritt ein ideologisch vermintes Gelände, auf dem über die sozioökonomische Architektur und die Machtstrukturen unserer Gesellschaft verhandelt wird“ (Butterwege 2011: 12). Ein rein objektives und werturteilsfreies Reden über Armut dürfte schwierig sein; denn: „Armut [kann] als gesellschaftlicher Kampfbegriff gelten – Ausdruck des Kampfes von oder für

soziale Klassen und Gruppen. Stärker als bei anderen Gegenständen empirischer und theoretischer Forschung machen sich hier soziale Interessen fest“ (Chassé 1988: 13).

Aber selbst diese Klassenkampfrhetorik erscheint aus der Sicht einer von der Individualisierungstheorie dominierten deutschen Soziologie antiquiert: „Man beurteilt Menschen in diesem Land nicht nach Klassenzugehörigkeit. Aber man achtet sehr wohl auf ihre Position im jeweiligen Konkurrenzspiel“ (Lessenich/Nullmeier 2006: 19). Soziale Ungleichheit ist dann weder durch Produktionsverhältnisse (Marx 1890), noch durch Herrschaftsstrukturen (Weber 1921), sondern durch Lebensstile (Simmel 1908, Bourdieu 1979) geregelt; soziale Ungleichheit ist weniger Ausfluss eines traditionell in Klassen- und/oder Schichten geordneten hierarchischen Herrschaftszusammenhangs als vielmehr Ausdruck mikropolitischen Kämpfe individualisierter Einzelner in sich kreuzenden sozialen Kreisen. Wo Einheitsbildungen ausbleiben, richtet sich der Blick auf die Spaltung der Gesellschaft und damit auf das Problem des sozialen Ausschlusses: „Die Frage ist nicht, wer oben und wer unten, sondern wer drinnen und wer draußen ist. (...) Die Soziologie hat dafür einen neuen Begriff geprägt: Es geht nicht allein um soziale Ungleichheit, auch nicht nur um materielle Armut, sondern um soziale Exklusion“ (Bude 2008: 13), oder wie es der Ökonom und Armutsforscher Amartya Sen ausgedrückt hat, es geht um gesellschaftliche und politische Teilhaberechte (Sen 2010). Doch wer bestimmt eigentlich darüber, wer „drinnen“ und wer „draußen“ ist? Ist vielleicht schon die Unterscheidung „drinnen-draußen“ wertbehaftet und interessengeleitet? Die Armutsfrage bleibt also brisant, gerade weil sich die ehemals antagonistischen Lager zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Zuge einer Nivellierung hin zur „Mittelstandgesellschaft“ (Schelsky [1953] 1965) einander angleichen sollen, was weniger an den Einkommen, als vielmehr an einem „kollektive[n] Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“ (Beck 1986: 122) abgelesen werden könne.

Einen scheinbar pragmatischen Alternativvorschlag hat kürzlich die einflussreiche Ökonomin und Armutsforscherin Esther Duflo vorgelegt. Sie plädiert für einen evidenzbasierten Forschungsansatz, wie er z.B. in der klinischen Medizin seit langem erfolgreich verfolgt wird. Zur Lösung der Armutsfrage nimmt sie nicht den Umweg über theoretische Großkonzepte, sondern misst den Erfolg von Armutspolitiken anhand der Evaluation von konkreten Hilfsprogrammen. Ihre Position impliziert, dass die tieferliegenden Gründe für die Entstehung von Ar-

mut zur Lösung derselben zweitrangig seien. Was vielmehr zähle, seien quantifizierbare Erfolge, die den Armen tatsächlich helfen, aus ihrer Situation das Beste zu machen (Duflo 2013: 102). Der Preis für dieses radikale Vorgehen besteht allerdings darin, dass die sozialen, historischen und kulturellen Bedingungen der Armutsentwicklung unter den Tisch fallen. Praktisch anwendbar ist solch ein Unternehmen nach dem Vorbild klinischer Studien allemal; ob es auch theoretisch ergiebig ist und damit der Aufklärung über das Problem dient, darf angezweifelt werden. Dahinter verbirgt sich nur wieder die „undersozialized“ (Granovetter 1985) Rational-Choice-Theorie. Einem auf egoistischer Nutzenoptimierung fixierten ökonomischen Denken muss das Soziale grundsätzlich verschlossen bleiben oder im besten Falle auf Psychologie oder Moral verkürzt erscheinen, was schließlich im Dezisionismus, wenn nicht gar (neo-)liberalen Autoritarismus etwa Blair-Schröderscher Fördern-und-Fordern-Rhetorik enden muss.

Der Soziologe Serge Paugam bringt dann auch das Dilemma quantitativer Armutsforschung und ihres immanenten Zweckrationalismus auf den Punkt. „Wie ausgefeilt und präzise die Definition einer Armutsschwelle auch sein mag, stets haftet ihr etwas Willkürliches an“ (Paugam 2008: 13). Uneingestanden werden normative Vorstellungen supponiert, die dann verwaltungstechnische Konsequenzen haben. Wie Paugam an einem Rechenbeispiel belegt, kann eine Variation der Armutsschwelle von 600 Euro pro Monat auf 720 Euro pro Monat in Frankreich dazu führen, dass im ersten Fall ca. 3,6 Millionen Menschen und im zweiten doppelt so viele, nämlich 7,2 Millionen Menschen unter die Kategorie Armut fallen würden. „Dieses Ergebnis verweist auf eine erhebliche Konzentration von Haushalten in der Nähe der zugrunde gelegten Schwelle und zeigt, dass diese Schwelle einen radikalen Schnitt durch eine Gesamtheit von Personen vornimmt, die in Wirklichkeit unter ähnlichen Umständen leben“ (ebd.).

Die Kategorisierung der Armen als Kohorte, die sich an einem mehr oder weniger arbiträr errechneten Indikator wie Einkommen orientiert, spaltet also eine weitgehend ähnliche Lebenslage von vielen, in manche, die amtlich arm sind, weil sie unter die Bemessungsgrundlage fallen, und andere, die schon nicht mehr arm sind. Damit befinden sich letztere außerhalb der Zielgruppenbildung der Behörden – denn dazu dient die Quantifizierung der Armut – und können somit nicht auf staatliche Unterstützung zählen. Paugams Kritik an der behördlich organisierten Quantifizierung der Armut fällt dementsprechend schroff aus: „Jede statistische Definition von Armut trägt mit dazu bei, heterogene Gruppen in eine Kategorie zu pressen und die

eigentliche Frage nach dem Prozess einer zunehmenden Häufung von Problemen, den die Individuen oder ganze Haushalte durchmachen, nach seinen Ursachen und mehr oder weniger langfristigen Folgen unter den Tisch zu kehren“ (Paugam 2008: 73). Definitionen und Zahlen müssen also als Teil der Kultur einer Gesellschaft gedeutet werden.

### **3. Armut in Deutschland im Spiegel der Sozialberichterstattung und der soziologischen Zeitdiagnose**

Derzeit befinden sich 42,5 Millionen Bundesbürger in einem Arbeitsverhältnis<sup>9</sup>, sodass sich das „Jobwunder“ – nach dem Erreichen des ausgeglichenen Bundeshaushalts – nun zum Traum der Vollbeschäftigung entwickelt<sup>10</sup>. Die Reallöhne steigen seit dem Jahr 2000 erstmals wieder an<sup>11</sup> und die deutsche Wirtschaft nimmt nach der Krise wieder Fahrt auf, was die Bundesrepublik Deutschland zum viertreichsten Land der Welt macht. Die Ursache sehen Experten insbesondere in der größten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reform im wiedervereinigten Deutschland, der Agenda 2010 oder den sogenannten Hartz-Reformen, die mehrheitlich als ein Fortschritt im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, als ein Garant für Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung sowie als Ursache für das Wiedererstarken des „kranken Manns Europas“ angesehen werden. Dass Deutschland im europäischen Vergleich relativ unbeschadet die Finanzkrise überstanden hat, werten wirtschaftsliberale Ökonomen auch als eine langfristige Folgewirkung der Agenda 2010. Aufgrund der verbesserten Einkommenssituation erscheint Armut in Deutschland wie Ende der 1950er Jahre als überwindbares Randphänomen der Gesellschaft (vgl. Andreß/Kronauer 2006: 29).

Auf der anderen Seite zeigen Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, der sozialen Wohlfahrtsverbände und der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2013 – trotz Ambivalenzen bezüglich der Ursachendiagnosen, der empirisch-datenbasierten Messung des Ausmaßes

---

<sup>9</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigungsstatistik 2015, S. 2, online verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201501/iiia6/beschaeftigung-sozbe-monatsheft-wz/monatsheft-wz-d-0-201501-pdf.pdf>.

<sup>10</sup> Die Arbeitslosenquote lag im März 2015 bei 6,8 Prozent; vgl. Bundesagentur für Arbeit: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick-Nav.html>. Vollbeschäftigung ist je nach Definition zwischen 2 Prozent und 4 Prozent erreicht oder wenn die offenen Stellen in einer Volkswirtschaft unter der Anzahl der Arbeitssuchenden liegt.

<sup>11</sup> Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-02/grafik-realloehne-steigen-boeckler>.



von Armut und den sozialpolitischen Schlussfolgerungen – insgesamt ein Ansteigen der Armut, zunehmende soziale Ungleichheit und eine besonderen Gefährdung von spezifischen Risikogruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose), ferner den Trend zu einer regionalen Fragmentierung, wovon besonders die Regionen Ruhrgebiet, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern betroffen sind. Zudem zeigt sich in verschiedenen Untersuchungen, dass der objektiven Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eine subjektiv-wahrgenommene Verschlechterung der individuellen Lage gegenüber steht (Statistisches Bundesamt 2006: 593 ff.).

Für die Erfassung der Beschäftigungszahlen ist das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen zu beachten, um ein vollständiges Bild des deutschen Arbeitsmarktes zu erlangen (WSI 2014).<sup>12</sup> Diese beiden Kennzahlen sinken seit 1992 stetig, was bedeutet, dass das gleiche Arbeitsvolumen auf immer mehr Erwerbstätige verteilt wird.<sup>13</sup> Der multidimensionale Charakter von Armut macht es an dieser Stelle notwendig die zentralen empirisch-quantitativen Studien und Berichterstattungen zusammenzufassen, zentrale Begrifflichkeiten und deren Unterschiede zu erläutern, datenbasierte oder studienspezifische Unterschiede zwischen den drei Hauptakteuren –Wirtschaftsforschungsinstitute, Sozialverbände und Bundesregierung – zu kennzeichnen, mögliche Ursachen darzustellen und auch auf Kritik an den bisherigen Versuchen der Messung von Armut zu reagieren.

### **3.1 Die Studienlage**

Die unterschiedlichen Einschätzungen und Bewertungen der Armutsentwicklung in Deutschland durch die Forschungsinstitute nähren oftmals den Verdacht, diese seien nur Ausdruck ideologischer Grabenkämpfe und Versuche, die jeweiligen wirtschafts- oder sozialpolitischen Vorstellungen zu untermauern. Von Einzelfällen abgesehen, müssen diese – oft medial vermittelten – allerdings vorschnellen Urteile zunächst ausgeblendet und einer wissenschaftlichen Diskussion und Kritik unterzogen werden: Auch wenn Studien oftmals datenbasierte Besonderheiten aufweisen und deshalb nicht als ein objektives Abbild der Realität angesehen

---

<sup>12</sup> WSI Daten-Report: Arbeitszeiten in Deutschland. Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik, Düsseldorf 2014.

<sup>13</sup> Auch bietet sich die Anzahl der befristeten Arbeitsverhältnisse als eine Kennzahl für die Situation am (deutschen) Arbeitsmarkt an.

Vgl. IAB-Forum 1/2012: Befristete Arbeitsverhältnisse. [http://doku.iab.de/forum/2012/Forum1-2012\\_Hohendanner.pdf](http://doku.iab.de/forum/2012/Forum1-2012_Hohendanner.pdf).

werden können, lassen sich Tendenzen und Entwicklungen diagnostizieren, die Auskunft geben über den gesellschaftlichen Wandel und Zeitgeist, so auch im Hinblick auf die Armutsentwicklung und den nicht weniger dynamischen Armutsdiskurs.

### **3.1.1 Wirtschaftsforschungsinstitute**

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 auf Basis der Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) neue Analysen zur Einkommensverteilung in Deutschland vorgenommen und publiziert. Bevor auf die Ergebnisse eingegangen wird, bedarf es einer kurzen methodischen Vorbemerkung. Der hier vorgestellten DIW-Studie liegen jahresbezogene Einkommen auf Basis des SOEP zugrunde. Dabei werden zum Befragungszeitpunkt (Jahr  $t$ ) jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr ( $t-1$ ) alle Einkommenskomponenten, die den Haushalt insgesamt betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen summiert (Markteinkommen aus der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, Leistungen nach dem BAföG und anderen) berücksichtigt und schließlich mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben das Jahresnettoeinkommen errechnet (inkl. einmaliger Sonderzahlungen wie das 13. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld). Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfs Gesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Auch werden dem Einkommen die fiktiven (Netto-)Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum („imputed rent“) zugerechnet. Zusätzlich werden – wie von der EU-Kommission für Einkommensverteilungsrechnungen auf Basis von EU-SILC vorgeschrieben – auch fiktive Einkommensvorteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).

In der angesprochenen Studie weist das DIW eine für das Krisenjahr 2008 deutlich höhere relative Einkommensarmut als noch 1998 nach.<sup>14</sup> Statistisch ausgedrückt lag das verfügbare

---

<sup>14</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht Nr. 7/2010.

Einkommen von rund 11,5 Millionen Menschen – das sind 14 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung (12,9 Prozent in Westdeutschland, 19,5 Prozent in Ostdeutschland) – unter der nach EU-Vorgaben definierten Armutsrisikoschwelle. Zusammenfassend gilt derjenige als einkommensarm, dessen Einkommen unter die relative Armutsrisikogrenze fällt. Diese Armutsrisikoschwelle liegt nach der Definition der Europäischen Kommission bei 60 Prozent des Medians der jährlichen Haushalts-Netto-Äquivalenzeinkommen des Vorjahres (auf der Basis von Gesamtdeutschland) inklusive der sogenannten „imputed rents“ (selbst genutztes Wohneigentum). Es sei bemerkt, dass auch der Paritätische Wohlfahrtsverband, auf den im weiteren Verlauf noch näher eingegangen wird, diese Berechnungsgrenze nutzt und dafür Jahr für Jahr in der Kritik steht.<sup>15</sup> Im Jahr 2008 lag der Median der nominalen bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen bei 18.500 Euro oder 1.542 Euro pro Monat, beziehungsweise für einen 1-Personen-Haushalt bei 925 Euro, für ein kinderloses Ehepaar bei 1.388 Euro, für eine Familie mit einem Kind bei 1.665 Euro und für eine Familie mit zwei Kindern bei 1.943 Euro. Als herausgehobene Risikogruppen nennt das DIW vor allem Haushalte mit Kindern, junge Erwachsene bis 25 Jahren (hier lebt ein Viertel unterhalb der Armutsgrenze) und insbesondere Alleinerziehende, von denen 40 Prozent als armutsgefährdet gelten, bzw., wenn die Kinder unter drei Jahren sind, sogar mehr als 50 Prozent. Auch unter den kinderreichen Familien lag das Armutsrisiko, beispielweise mit drei Kindern, bei 22 Prozent bzw. vier und mehr Kindern bei 36 Prozent, deutlich über dem Durchschnitt. Für das DIW zeigen die Daten auch, dass die Einführung von zielgruppenspezifischen öffentlichen Transfers (Pflegeversicherung, Elterngeld) zu einer Senkung des Armutsrisikos bei den von diesen Transfers begünstigten Gruppen beigetragen hat. Gleichzeitig reduziert der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, die vor allem Müttern die Erwerbsaufnahme erleichtert, das Armutsrisiko von Haushalten mit Kleinkindern und nicht etwa eine Erhöhung des Kindergeldes, wie es 2010 beschlossen wurde. Im selben Atemzug empfiehlt das DIW keine Anhebung der Hartz IV Regelsätze, da diese nur Symptome lindern und nicht die Ursachen der Armutsrisiken der Erwerbslosen bekämpfen.

---

<sup>15</sup> So wurde der Armutsbericht im Februar 2015 zur „Unstatistik des Monats“ gewählt. Die Aktion hinterfragt neueste Statistiken sowie Daten und deren Interpretation. Vgl. <http://www.rwi-essen.de/unstatistik/> [01.05.2015].

Eine weitere Form des steigenden Armutsrisikos stellen die sogenannten „working poor“<sup>16</sup> dar – die trotz Arbeit unter Einkommensarmut leiden, was die Folge einer „Polarisierung der Einkommensverteilung hin zu den Rändern und einer entsprechenden Schrumpfung der mittleren Einkommensklassen“ nachsichzieht.<sup>17</sup> Einzig bei der Altersarmut scheint sich seit 2006 ein Trend einzustellen, den die Daten des DIW (bis 2008) nicht vollumfänglich erfassen konnten. Das DIW bescheinigt den Rentnern und Menschen über 65 Jahren kein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Ein Zustand der zwar weiterhin u.a. vom Paritätischen Wohlfahrtsverband bestätigt wird, der jedoch in der Entwicklung bis 2014 dramatische neue Entwicklungen verdeutlicht, wie im weiteren Verlauf noch gezeigt wird. Die DIW-Studie kommt zu dem Schluss, dass „ausgeprägte Unterschiede nach Region (West: 12,9 Prozent; Ost: 19,5 Prozent) und sozialstrukturellen Charakteristika [auffallen]“.<sup>18</sup> Diese Tendenz bestätigte der neueste Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands des Jahres 2015, auch wenn die Ergebnisse ganz unterschiedliche (mediale und politische) Reaktionen hervorriefen.

Die wissenschaftliche Debatte bestätigt über alle Unterschiede im Detail hinweg eine allgemeine Tendenz zu einem rapide steigenden Armutsrisiko auch in den Jahren 2008 bis 2014. Die strukturellen Ursachen der Armut in Deutschland haben sich verschärft und die regionale Fragmentierung schreitet weiter voran. Aktuell warnt das DIW in diesem Zusammenhang vor der größten Vermögensungleichheit in der gesamten Eurozone, die sich in Deutschland weiter verfestigt.<sup>19</sup> Somit bleiben die schon für 2008 beschriebenen Gefahren weiterhin bestehen.

### **3.1.2 Sozialverbände**

Dem euphorischen Bild von der prosperierenden wirtschaftlichen Lage in Deutschland stehen die alarmierenden Zahlen des neusten Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands<sup>20</sup> gegenüber, der allerdings nicht unwidersprochen blieb. Es entspann sich eine zum Teil sehr grundsätzliche Debatte insbesondere über die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband verwendete Armutsdefinition, der gemäß als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren

---

<sup>16</sup> Das tatsächliche zahlenmäßige Ausmaß der Personen, die als „working poor“ (erwerbsarm) zu bezeichnen sind, variiert, je nach datenbasierten Definitionskriterium vergleichsweise stark. Auch wenn die 1,3 Millionen „Aufstocker“ nicht alle als erwerbsarm gelten, scheinen Zahlenwerte von 47.000 Personen, wie sie Georg Cremer errechnete (FAZ vom 27.04.2015, S. 6), zu restriktive Kriterien für Erwerbsarmut anzulegen.

<sup>17</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht Nr. 10/2008 und Wochenbericht Nr. 7/2010.

<sup>18</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht Nr. 7/2010: 11.

<sup>19</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 9/2014.

<sup>20</sup> vgl. Fußnote 5

Medianeinkommens zur Verfügung hat. Gegenstimmen kritisieren, dass sich darin nicht die tatsächliche Lage widerspiegeln, sondern auch Menschen als arm eingestuft würden, die noch ein passables Leben führen könnten. Prinzipiell ist aber zu bedenken, dass jede Armutsbemessungsgrenze letztendlich eine zwar auf Daten beruhende jedoch nicht absolut definierbare Schwelle darstellen kann, sondern immer als die Abbildung von Verhältnissen in Relation zu anderen Verhältnissen angesehen werden muss. Mit anderen Worten: Armut ist kein durch ein absolutes Maß festgelegter Zustand, sondern ein relationales Verhältnis statistisch ausgedrückt in einer Armutsquote.

Im neuesten Bericht beziffert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Armutsrisikoquote in Deutschland für das Jahr 2013 auf 15,5 Prozent, was ein Anstieg um 0,5 Prozentpunkte zum Vorjahr bedeutet. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind 12,5 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht.<sup>21</sup> Die Armut stieg in ganz Deutschland seit 2006 um 11 Prozent, wobei sie nicht in allen, sondern nur in 13 der 16 Bundesländer zunahm, was auf die bereits erwähnte regionale Uneinheitlichkeit verweist. Abgesehen von den nackten Zahlen, die im Einzelnen von denen des DIW oder der Bundesregierung abweichen – was auf unterschiedliche Datensätze sowie Erhebungs- und Bearbeitungsmethoden zurückzuführen ist<sup>22</sup> –, sind den Autoren der Studie die strukturellen Besonderheiten und Probleme der Armutsentwicklung in Deutschland nicht zuletzt im Hinblick auf politische Gegensteuerung wichtig. In diesem Kontext warnen sie vor einer regionalen Spaltung und der besonderen Betroffenheit spezifischer Risikogruppen – Tendenzen, auf die schon das DIW 2008 hinwies.

Speziell kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die Armutsrisikoquoten in Bremen (24,6 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (23,6 Prozent) Berlin (21,4 Prozent), Sachsen-Anhalt (20,9) und dem Ruhrgebiet (19,7) am höchsten seien und sich auch der Abstand zwischen den am wenigsten und am meisten betroffenen Regionen vergrößert habe. So lag dieser Unterschied im Jahr 2006 bei 17,8 Prozentpunkten und im Jahr 2013 bei 24,8 Prozentpunkten. Zudem zeige der Großraum Köln-Düsseldorf ein zunehmendes Risikopotential – Armutsquote bei 16,8 Prozent –, was einem Anstieg von 31 Prozent seit 2006, also in sieben Jahren, entspreche. Hamburg verzeichne den größten Anstieg der Armutsquote um 2,1 Prozentpunkte auf 16,9 Prozent, und liege somit über dem Durchschnitt von 15,5 Prozent.

---

<sup>21</sup> Exakt unterschieden werden muss zwischen Armutsrisikoquote und Armut.

<sup>22</sup> Datengrundlage des Armutsberichts ist der Mikrozensus.

In Bezug auf die Risikogruppen konstatiert der Bericht eine Armutsquote von 58,7 Prozent bei Erwerbslosen. Was bei dieser Gruppe aufgrund der Hartz-IV Regelsätze intuitiv einleuchtet, erlangt bei der Gruppe von Alleinerziehenden eine dramatische Veranschaulichung: 42,3 Prozent der Alleinerziehenden seien arm. Für eine starke Volkswirtschaft wie Deutschland müsse die Minimierung dieser Kennzahl als eine drängende politische Herausforderung angesehen werden. Personen mit einem niedrigen oder nicht vorhandenen Bildungsabschluss seien mit 39,3 Prozent die am drittstärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe. Die Armutsquote von Kinder unter 18 Jahren habe einen Höchststand von 19,2 Prozent erreicht und die von Hartz-IV Empfängern unter 15 Jahren liege bei 15,5 Prozent. Wie schon angedeutet liege die Armutsquote der Rentner und älteren Menschen (65+) zwar mit 15,2 Prozent noch unter dem Durchschnitt, sei aber seit 2006 stark gewachsen (2006: 10,3 Prozent). Problematisch sei zudem, dass sich die Anzahl der Bezieher von Altersgrundsicherung von 1,7 Prozent gemessen am Anteil an der Bevölkerung über 65 Jahren im Jahr 2003 auf 3,0 Prozent (2013), was fast 500.000 Menschen entspreche, nahezu verdoppelt habe.

Am Konzept der relativen Einkommensarmut wird häufig kritisiert, dass allgemeine Wohlfahrtsgewinne nicht ausreichend berücksichtigt würden und somit – selbst wenn das Einkommen aller Personen um einen fixen Betrag steige – ein gleiches Armutsrisiko-Niveau ausgewiesen würde. Bei dieser Kritik wird häufig übersehen, dass eine relative Armutsschwelle nicht das Existenzminimum, sondern vielmehr das Einkommen beschreibt, das für das Erreichen eines Mindestmaßes sozio-kultureller Teilnahme in der Gesellschaft als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus muss bei der Interpretation der hier vorgelegten Ergebnisse die Kennzahl für soziale Ungleichheit (Einkommensverteilung aufgeteilt in Zehntelwerte/Dezile) berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass das am Median gemessene reale Einkommen im Jahr 2008 um knapp zwei Prozent niedriger war als noch im Jahr 2000. In dieser Periode sind die Einkommen der Personen im untersten Dezil (die zehn Prozent der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen) durchschnittlich sogar um knapp neun Prozent gesunken, während Personen im obersten Dezil entsprechende Steigerungen um fast 15 Prozent erzielten. Dieses deutliche Auseinanderklaffen der Ränder der Einkommenshierarchie verdeutlicht die Polarisierungstendenzen der deutschen Einkommensverteilung oder die so bewiesene Tatsache einer Umverteilung von unten nach oben. Nochmals konkret und von zentraler Wichtigkeit: Die Kritiker am Modell der relativen Armutsmessung behaupten, dass „auch der relative Armutsbegriff der

OECD, wonach jene Menschen als arm gelten, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommens erreichen, problematisch [ist]: Danach würde die Armut im Berliner Stadtteil Charlottenburg sprunghaft ansteigen, wenn Bill Gates in die Nachbarschaft zöge.“<sup>23</sup> Dies ist schlichtweg falsch: Denn ein Millionär ändert zwar das "durchschnittliche Einkommen" (gemessen am Mittelwert) aber nicht das "mittlere Einkommen" (gemessen am Median). Aus diesem Grund wird völlig zu Recht letzteres bei der Armutsberechnung zugrunde gelegt.

Andererseits müssen auch die Voraussetzungen expliziert werden, von denen der Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ausgeht. In diesem Kontext ist zu hinterfragen, warum der Paritätische Wohlfahrtsverband nicht die Armutsrisikoquote des Jahres 2005 (14,7 Prozent), sondern die deutlich niedrigere von 2006 (14,0 Prozent) zum Ausgangspunkt des Vergleichs gewählt hat. Kritiker unterstellen, dass damit eine dramatischere Entwicklung der Armut in Deutschland fingiert werden sollte, um ein stärkeres sozialpolitisches Engagement der Regierung zu evozieren. Allerdings schwindet die Signifikanz der Differenz von 0,7 Punkten im mittelfristigen Vergleich über acht Jahre, so dass man hier nicht wirklich eine Manipulationsabsicht unterstellen kann.

So hat auch Georg Cremer (Cremer 2015: 6) vom Deutschen Caritasverband die Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nicht in Zweifel gezogen, sondern nur deren sozialpolitisch motivierten Interpretationen. Auch Cremer sieht gerade in der Konstanz der relativ hohen Armutsquote in Deutschland das Problem. Allerdings verweist er auf den Tatbestand, dass statistisch mit dem gesellschaftlichen Wohlstandsgewinn auch die Kaufkraft der Personen wächst, deren Einkommen unter dem Medianwert liegt, also Armut abnimmt. Gleichzeitig bleibt aber die Quote, also das Verhältnis zwischen arm und reich, in anderen Worten die soziale Ungleichheit konstant, was dem sogenannten Fahrstuhleffekt von Ulrich Beck entspricht (Beck 1986). Kritiker würden hier einwenden, die Quote messe nur soziale Ungleichheit, nicht jedoch Armut an sich. Das ist aber keine empirische, sondern eine theoretische Frage, hängt also von der Definition der Armut ab. Wenn z.B. in den Ausführungsbestimmungen der Hartz IV-Gesetze „sozial-kulturelle Teilhabe“ Berücksichtigung findet, ergibt sich das

---

<sup>23</sup>Gaschke, Susanne: Die neue Armut der Deutschen. *DIE WELT* vom 07.04.2015: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article139174824/Die-neue-Armut-der-Deutschen.html>.

grundsätzliche Problem, dass sich diese mit statistischen Indikatoren nicht vollständig erfassen lässt. Zudem verändern sich über die Zeit die sozio-kulturellen Vorstellungen über dasjenige, was soziale Teilhabe ausmacht. Cremer erläutert das an einem simplen Beispiel, nämlich der objektiven, aber nicht subjektiv wahrgenommenen Armut von Studenten. Nicht die objektive Lage, sondern die subjektive Wahrnehmung bestimmt die Lebenswirklichkeit der Betroffenen. Im Hinblick auf ein angemessenes Verständnis der statistischen Armutsmessung ist hervorzuheben, dass bei Längsschnittbetrachtungen über längere Zeiträume die steigende Kaufkraft des Medianeinkommens fällt und damit verschiedene soziale Lagen (Lebenshaltungskosten) in der Gesellschaft bzw. deren objektive Verbesserung (in der historischen Rückschau) stärker gewichtet werden. Dies fördert einen Nachteil der relativen Armutsstatistik zu Tage, der jedoch bei genauer Kenntnis dieses Problems und seiner Analyse zu keinen Schwierigkeiten führen muss. Im Falle des neusten Armutsberichts taucht dieses Phänomen jedoch auf: falls die relativen Einkommensunterschiede unverändert bleiben und gleichzeitig alle Einkommen bspw. durch Wohlstandsmehrung um den gleichen Faktor steigen würden, bliebe die Armutsrisikoquote gleich (hoch). Zwar steigen, wie schon gezeigt, die Einkommen in Deutschland nicht um denselben Faktor an, d.h. die soziale Ungleichheit (aber nicht notwendigerweise das Armutsrisiko) nimmt zu; trotzdem tritt das Problem in seiner Grundkonstellation auf. Als ein aktuelles Beispiel dafür lässt sich anführen, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband auf Grundlage des Mikrozensus eine Armutsrisikoschwelle für Alleinstehende von 892 Euro ermittelt, was nahezu alle Studenten als arm deklariert, die allein oder in Wohngemeinschaften leben. Auch wenn unter Studenten ein erhöhtes Armutsrisiko existiert, führt es zu weit, jeden Studenten, der nicht bei seinen Eltern lebt, als armutsgefährdet anzusehen. Außerdem sind die tatsächlichen Lebenshaltungskosten in den Regionen (regionaler Warenkorb, regionale Kaufkraftdifferenzen) zu berücksichtigen, was oftmals vernachlässigt wird. Ähnlich, jedoch mit anderen Voraussetzungen, sähe die Situation in Bezug auf eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern aus. Wenn die Kinder unter drei Jahren sind, liegt die Armutsgefährdungsquote bei mehr als 50 Prozent,<sup>24</sup> was für eine Familie mit zwei Kindern ein Medianeinkommen von 1.943 Euro bedeuten würde, im Falle der alleinerziehenden Mutter jedoch deutlich geringer ausfällt und somit ein hohes überdurchschnittliches Armutsrisiko besteht. Es ist ersichtlich geworden, dass nicht jedes soziale Problem seinen Niederschlag in statistischen Daten findet, jedoch auch Phänomene einen solchen finden, die zunächst mit anderen Daten überprüft und

---

<sup>24</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht Nr. 7/2010.



möglichweise korrigiert werden müssen, um ein gesamtheitliches Bild „der Armen“ zu erlangen. Dazu zählt unserer Ansicht nach eine Analyse der Kultur der Armut, wie im weiteren Verlauf erfolgen wird.

### **3.1.3 Bundesregierung und der europäische Vergleich**

Im April des Jahres 2001 legte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der damals amtierenden rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen offiziellen Armuts- und Reichtumsbericht (ARB 2001) vor. Davor wurden Berichte über Armut in Deutschland ausschließlich von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden oder den Kirchen verfasst, also von der Caritas, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Hans-Böckler-Stiftung und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Dass sich nun auch die Bundesregierung diesem Thema annahm, wurde von Seiten der Wissenschaft als „historische[r] Fortschritt“ (Negt 2002: 7) honoriert. Ab diesem Zeitpunkt wird die Existenz von Armut als Zeichen sozialer Ungleichheit nicht mehr, wie zur Regierungszeit Helmut Kohls, verschleiert, ignoriert oder als kommunales Problem abgetan, sondern offiziell als Gegenstand der Politik auf Bundesebene anerkannt. Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht (ARB 2001) sowie der darauffolgende (ARB 2005) wollen nicht nur Unterversorgung und Ausgrenzung aufzeigen, sondern genauso Reichtum und Privilegien untersuchen. Die Berichte greifen die in der Wissenschaft üblichen Ansätze zur Armutforschung auf, verzichten auf eine endgültige Festlegung von Armutsmaßen und beziehen sich auf die Definition der Europäischen Union von 1984 nach der „Personen und Familien und Gruppen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (ARB 2001: 8), arm sind. Das Haushalts-Nettoäquivalenzeinkommen, gemessen am Median, betrug im Jahr 2003 in Deutschland 1.564 Euro. Die Armutsrisikogrenze lag bei 938 Euro. Etwa 11 Prozent der Bevölkerung sind chronisch oder langfristig arm und verfügen seit länger als drei Jahren über weniger als 60 Prozent des medianen Einkommens. Der Schwerpunkt der Berichte lag auf den Lebensbereichen und Personengruppen Familien, Bildung, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Gesundheit, Behinderte und Migranten. Diese Ergebnisse des ersten Armuts- und Reichtumsberichts rüttelten auf und führten in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer Sensibilisierung für die Armutsproblematik. Denn das Ergebnis des Berichts war eindeutig und

verwies auf ein signifikantes Ansteigen der Armut in Deutschland. So hatte sich in Westdeutschland der Anteil derer, die Sozialhilfe bezogen, innerhalb von 25 Jahren vervierfacht, wie der Vergleich der Zahlen von 1973 (0,85 Mio.) und 1998 (2,5 Mio.) belegt (ARB 2001: 25). Der zweite Armutsbericht vom März 2005 (ARB 2005), noch immer unter Rot-Grün, zeigte auf, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiter gewachsen war. Die sogenannte Armutsrisikoquote stieg von 12,1 Prozent im Jahr 1998 auf 13,5 Prozent im Jahr 2003. Im gleichen Zeitraum wuchs das Nettovermögen der vermögendsten Haushalte um 2 Prozent (ARB 2005: 16). Ein struktureller Zusammenhang zwischen zunehmendem Reichtum und steigendem Armutsrisiko wurde im Bericht erstaunlicherweise nicht thematisiert. Im Juni 2008 erschien der dritte Armuts- und Reichtumsbericht (ARB 2008), nun unter der im November 2005 gebildeten Großen Koalition aus CDU und SPD unter Kanzlerin Angela Merkel. Diesmal lautete die öffentlich kommunizierte Kernbotschaft: Jeder achte Deutsche lebt in Armut. Der damals zuständige Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz (SPD) interpretierte dieses Ergebnis sogar als Erfolg des Sozialstaates. Kritische Stimmen bemängelten, dass die Senkung der Armutsrisikogrenze von 928 EUR (ARB 2005) auf 781 EUR (ARB 2008) zu einem Herunterrechnen der Armut von 18 auf 13 Prozent geführt habe (Dribbusch/Schulte 2008). Eine Bewertung dieser Veränderung als groben Manipulationsversuch des Ministeriums schösse aber über das Ziel hinaus. Der Grund für die Veränderung der Bemessungsgrundlage lag nämlich in einem Wechsel der Datengrundlage von den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zu denen der European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC). Dies diente vordergründig dem Zweck, einen EU-weiten Vergleich zu gewährleisten, führt de facto aber zu einer „Aufhübschung“ der Zahlen.

Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ (ARB 2013) der Bundesregierung bestätigt die aufgezeigten Entwicklungstendenzen (Armutsrisikoquote bei 15,8 Prozent), auch wenn die Schlussfolgerungen andere sind. So heißt es darin, dass die verfügbaren Jahreseinkommen der privaten Haushalte von 2005 bis 2010 um durchschnittlich 700 Euro gestiegen seien, was mit der simplen, aber im Bericht nicht vorgenommenen Differenzierung der Haushalte in Dezile entkräftet werden kann, da sich die Steigerung größtenteils aus dem obersten Dezil ergibt. Mit Blick auf die Einkommenssituation von Menschen über 65 Jahren, die die Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen, kommt der Bericht nahezu zum selben Prozentsatz (2,6 Prozent) wie der Paritätische Gesamtverband (3,0 Prozent). Jedoch geht der Bericht der Bundesregierung nicht auf die dramatische Steigerung dieses Prozentsatzes ein.

Auch das die Armutsrisikoquote von 15,8 Prozent, die in einem ähnlichen Bereich liegt wie die Zahlen vom DIW oder dem Paritätischen Gesamtverband, werden als Erfolg verkauft, was angesichts der überaus guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands auch als eine in ihrem Ausmaß nicht notwendige Tatsache angesehen werden kann.

Ergänzend zu den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung soll der europäische Vergleich weitere Ansatzpunkte für den hier vorgestellten Armutsansatz bieten. Anlässlich des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurden zwei Eurobarometer-Umfragen durchgeführt, deren Ergebnisse Ende 2010 im Eurobarometer Spezial 355 „Armut und soziale Ausgrenzung“ veröffentlicht wurden (Eurobarometer 2010). So glauben 76 Prozent der Befragten, dass Armut in ihrem Land ein weit verbreitetes Phänomen sei (2009 waren es noch 73 Prozent). Zudem geht die Befragung auch auf die Schwierigkeit der Definition von Armut ein: Nach Ansicht von 26 Prozent der Befragten gelten Menschen als arm, wenn ihre finanziellen Mittel so begrenzt seien, dass sie nicht uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben könnten. An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass ein Viertel der Befragten die Nicht-Teilhabe oder Exklusion aus dem gesellschaftlichen Leben als Armut begreifen. Zudem wird die Abhängigkeit von Unterstützungen durch Wohlfahrtsorganisationen oder von staatlichen Subventionen im Jahr 2010 mit 24 Prozent häufiger als Armut angesehen als noch im Vorjahr (21 Prozent). 18 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Menschen arm seien, wenn das ihnen monatlich zur Verfügung stehende Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liege, ferner wenn sie sich die grundlegenden Dinge des Lebens nicht leisten könnten, was heute mit 17 Prozent weniger weit verbreitet ist, als noch 2009 (22 Prozent). Diese zunächst tautologisch klingenden Ergebnisse sind nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer eindeutigen (und intuitiven) Wahrnehmung der Befragten entscheidend für den Armutsdiskurs und dessen Figuration: Es lässt sich schlussfolgern, dass Armut mehr als ein Problem der Nicht-Teilhabe bzw. Exklusion aus Sozialverhältnissen und der gleichzeitigen Inanspruchnahme von Transferzahlungen gesehen wird, als eine Frage objektiv festgelegten Einkommens oder eines „Sich-Leisten-Könnens“. Zudem scheint die seit 2008 virulente Euro-Krise und deren Folgen zu einer Verfestigung dieser Wahrnehmung und Figuration der Armut beigetragen zu haben, da sich die Zahlen im Verlauf zwischen 2009 und 2010 nochmals verstärkt in beschriebener Weise entwickelten.

Im Vergleich zum EU-Durchschnitt (EU-D) wird die Armut in Deutschland vorwiegend als Phänomen angesehen, dass sich durch das persönliche Angewiesensein auf Unterstützung auszeichnet. Dieser Wert liegt 9 Prozentpunkte über dem EU-D, wohingegen das Sich-Nicht-Leisten-Können der grundlegenden Dinge des Lebens mit 12 Prozentpunkten unter dem EU-D weniger stark ins Gewicht fällt. Diese beiden Punkte hängen zusammen, denn gerade weil es Unterstützung für Arme durch den Staat, aber auch durch Wohlfahrtsorganisationen gibt, fällt die Annahme, die Armen in Deutschland könnten sich die einfachsten Dinge nicht leisten, im EU-Vergleich geringer aus. Dies bestätigt wiederum den Glauben der Deutschen in das Funktionieren sozialer Grundsicherungssysteme. Weitere Ergebnisse dieser Studie sind, dass darüber hinaus dreiviertel der Deutschen glauben, dass Armut ein weitverbreitetes Phänomen sei. Den Deutschen ist somit bewusst, dass es Armut gibt und dass dies kein Randphänomen darstellt. Das sehen beispielsweise die Schweden ganz anders. Nur ein Drittel der dort Befragten gaben an, dass Armut ein verbreitetes Phänomen sei. In Rumänien, Ungarn und Bulgarien wiederum nehmen deutlich über 90 Prozent der Befragten Armut als ein verbreitetes Phänomen wahr, was mit den geringeren Lebensstandards und dem höheren Armutsrisiko in diesen Ländern zusammenhängt.

Die Entwicklungsdimension von Armut wird ebenfalls in der Studie abgebildet: 91 Prozent der Deutschen denken, dass Armut in den vergangenen Jahren zugenommen habe. Die soziale Wahrnehmung eines Phänomens hängt eng mit dessen medialer Präsenz zusammen, also damit, wie darüber in der medial vermittelten Öffentlichkeit diskutiert wird. Mittlerweile ist Armut zu einem „Topthema [avanciert], das in Talkshows über die Wirkung der sogenannten Hartz-Gesetze, die Benachteiligung von Kindern und Familien, den Zerfall der Mittelschicht, die zu erwartenden Folgen der Weltfinanzkrise oder die Angst vieler Menschen vor einem sozialen Absturz sehr häufig erörtert wird“ (Butterwegge 2011: 7). Dieser Anstieg kann jedoch nicht allein durch eine verstärkte mediale Präsenz der Armutsthematik (weg-)erklärt werden. Der Wert könnte vielmehr auf die konkrete Erfahrung verweisen, dass ein Bekannter aus der näheren Umgebung in die Armutsfalle geraten sei, möglicherweise durch den Verlust des Arbeitsplatzes, durch Krankheit, Scheidung oder Wechsel des Wohnortes. Im EU-Vergleich sind die Antworten der Deutschen auf die Frage nach ihren Ansichten darüber, welche Bevölkerungsgruppen am stärksten von der Armut betroffen seien, geradezu alarmierend (Tabelle 1: Wahrnehmung von Armut).

Arbeitslose, die aus gesamteuropäischer Sicht die größte Gruppe der von Armut Betroffenen darstellen, stehen auch in der Wahrnehmung der Deutschen an erster Stelle. Mehr als jeder Zweite ist davon überzeugt, dass die Bevölkerungsgruppe der Arbeitslosen diejenigen seien, die am stärksten unter Armut zu leiden hätten. Auch in Bezug auf ältere Menschen und prekär Beschäftigte deckt sich der hohe Anteil mit dem EU-Durchschnitt. Personen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen sowie Einwanderer werden von den Deutschen als weniger von Armut betroffen angesehen als im EU-Durchschnitt. Dies könnte einerseits auf ein weitverbreitetes Vertrauen in die sozialen Gesundheits- und Sicherungssysteme und/oder in den Familienzusammenhalt schließen lassen, die für Unterstützungsbedürftige Sorge tragen (Stichwort Inklusion) oder andererseits aus der medialen Darstellung der mit den Gruppen zusammenhängenden Themen erklärt werden. Hinsichtlich der Migranten bedeutet dies teils eine Stigmatisierung in Form der sogenannten „Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme“, um einen höheren Lebensstandard als in den Herkunftsländern zu erlangen. In den Gruppen mit geringem Bildungs- oder Ausbildungsstand (39 Prozent), Alleinerziehenden (37 Prozent) und Kindern (47 Prozent) liegt die Armutswahrnehmung teils deutlich über dem EU-Durchschnitt. Zieht man diese Ergebnisse zusammen, dann ist für Deutschland eine bestimmte Armutsfiktion typisch, die sich jedoch von anderen EU-Ländern deutlich unterscheidet und eine gewisse Sonderstellung innehat: Alleinerziehende (in der Regel Frauen) mit einem Kind oder mehr und einer ungenügenden beruflichen Qualifikation, bilden den Inbegriff von Armut im heutigen Deutschland (53 Prozent). Indikatoren der Armut in Deutschland sind also Kindheit und Elternschaft, (niedriger) Bildungsstand, Arbeitslosigkeit. Das bestätigen die vorgestellten Studien. Zum Teil decken sich die Wahrnehmung und die Fiktion von Armut in Deutschland mit den empirischen Daten. Trotzdem lassen sich auch Wahrnehmungsmuster erkennen, die von der objektiven Lage deutlich abweichen. Ergo liegt es nahe, wie schon anhand der Eurobarometer-Daten von 2010 angeführt, zwischen zwei Bestimmungsgrößen dieser Fiktion zu unterscheiden: erstens, die objektiven Kriterien der ökonomischen Lage sozialer Klassen (Einkommen, Lebenshaltungskosten) und zweitens, die subjektiv gewählten und gestalteten Lebensstile sowie die Selbstwahrnehmungen spezifischer Risikogruppen.

**Tabelle 1:** Wahrnehmung der am stärksten von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen 2010 (in Prozent)

Bevölkerungsgruppe	Deutschland	EU27
--------------------	-------------	------

Arbeitslose	53	56
Ältere Menschen	46	42
Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen	34	30
Personen mit Behinderung / chronischen Erkrankungen	22	30
Personen mit geringem Bildungs- oder Ausbildungsstand	39	30
Abhängige Personen (Alkohol, Drogen etc.)	25	26
Heranwachsende	19	23
Alleinerziehende	37	22
Kinder	47	20
Einwanderer	10	15
Personen mit psychischen Problemen	10	14
Frauen	7	7
Sinti und Roma	4	7

Quelle: Eurobarometer (EB74.1/QA10 auf Grundlage von EU-SILC Daten)

Die von der Bundeszentrale für politische Bildung im Januar 2014 veröffentlichte Armutsgefährdungsquote gibt den „Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe [an] (...) deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen“ (bpb 2014). Die Datengrundlage dieser so gewichteten Armutsgefährdungsquote ist die European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC). Zur folgenden Grafik sei angemerkt, dass von den Sozialleistungen hier Renten und Pensionen ausgenommen sind (Tabelle 2: Armutsgefährdungsquote). Die Gruppe der Arbeitslosen befindet sich mit 69,3 Prozent auch hier an erster Position, Alleinerziehende liegen bei 38,8 Prozent, Geringqualifizierte bei 25,5 Prozent und Personen unter 18 Jahren sind zu 30,8 Prozent gefährdet.

**Tabelle 2:** Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten 2014 (nach EU-SILC Daten in Prozent)

Nach	Nach Sozialleistungen
------	-----------------------

Sozialleistungen			
Bevölkerung (insg.)	16,1	Alleinlebende (≥65 Jahre)	24,7
Männer	14,9	Haushalte mit 2 Erwachsenen (<65 Jahre) ohne Kinder	10,5
Frauen	17,2		
unter 18-Jährige	15,2	Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kinder	7,7
18- bis 65-Jährige	16,6	Haushalte von Alleinerziehenden	38,8
65-Jährige und Ältere	15,0		
Erwerbstätige	7,8	Eigentümer	8
Arbeitslose	69,3	Mieter	25
Personen im Ruhestand	15,1	<b>Vor Sozialleistungen</b>	
niedriger Bildungsstand	25,5		
mittlerer Bildungsstand	14,8	Bevölkerung (insg.)	24,3
hoher Bildungsstand	8,3	Unter 18-Jährige	30,8
Alleinlebende	32,4	18- bis 65-Jährige	25,2
Alleinlebende (<65 Jahre)	36,1	≥65-Jährige	15,9

Quelle: bpb 2014.

### 3.2 Soziologische Zeitdiagnosen

Was bereits mehrmals erwähnt wurde – und wenig überrascht, ist, dass Armut ein Problem darstellt, das in einem Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit steht und auch als ein solches wahrgenommen wird. Die von Wilhelm Heitmeyer durchgeführte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ zeigt deutlich, dass die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Armut sich gerade in diesem Bedeutungszusammenhang verändert und zu einer zunehmenden Abwertung von Langzeitarbeitslosen (LZA) geführt hat (Tabelle 3).

Tabelle 3: Entwicklung der Einstellung gegenüber Armut (in Prozent)

<b>Die meisten Langzeitarbeitslosen (LZA) sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.</b>			
Zustim-	2009	2010	2011
		47,0	47,3
<b>Ich finde es empörend, wenn sich die LZA auf Kosten der Gesellschaft</b>			

	<b>ein bequemes Leben machen.</b>		
	2009	2010	2011
	57,2	58,9	61,2

Quelle: Heitmeyer 2012: 36f.

Interessant ist nun, wie Heitmeyer die hier durch Zahlenwerte ausgedrückten Momentaufnahmen deutet. Als Grund für eine steigende negative Einstellung gegenüber Langzeitarbeitslosen gibt er an, dass Entsicherung, Richtungslosigkeit und neue Formen der Instabilität zur neuen Normalität geworden seien. Damit einher ginge eine Steigerung der Nervosität und Abstiegsangst über alle sozialen Gruppen hinweg (Heitmeyer 2012: 35). Doch nicht alle sozialen Gruppen werden im Rahmen seiner Untersuchungen befragt, sondern nur jene eher Gutsituiererten, denen er einen Verlust an Tugendhaftigkeit attestiert. Die Zustimmungsraten werden so zum Leitmotiv einer „rohen Bürgerlichkeit“ (ebd.) umgedeutet. Diese zeichne sich durch einen Rückzug aus der Solidargemeinschaft gepaart mit der Tendenz zur rabiaten Durchsetzung eigener Interessen und Ziele aus. Sozial schwache Gruppen würden geradezu abgewertet, soziale Kälte mache sich bemerkbar, ein „Klassenkampf von oben“ (ebd.) sei vielerorts spürbar geworden. Problematisch an dieser Analyse ist zweierlei. Aus methodischer Perspektive erscheint die Fragestellung suggestiv, so dass Begriffe wie „Jobs“ und „empört“ möglicherweise die erwünschten Ergebnisse evoziert haben. Außerdem wurden die Langzeitarbeitslosen selbst nicht befragt, sondern diese allein aus einer Außenperspektive heraus beschrieben.

Aufschlussreich ist der Vergleich der Heitmeyer-Studie mit den Elitenforschungen Michael Hartmanns (M. Hartmann 2008; 2013). Hartmann moralisiert nicht über eine angebliche Verrohung von Sitte und Anstand in der Oberschicht, sondern erklärt die Sicht der Eliten auf die „Masse“, d.h. auf diejenigen, die nicht zur Elite zählen, strukturell in Bezug auf einen Wandel des Klassenhabitus. In Deutschland gebe es keine einheitliche herrschende Klasse oder Elite. Die Leistung habe die Vererbung als das entscheidende Prinzip der Elitenrekrutierung längst abgelöst. Somit stünde in Deutschland der Zugang zu Elitepositionen zumindest prinzipiell jedem offen. Der Zusammenhalt der Elite ergebe, so Hartmanns – und da hat er speziell Deutschland im Blick, denn in Japan, USA, Frankreich und Großbritannien seien die Eliten weniger heterogen – aus deren Haltung und Einstellung, die in der Überzeugung kumuliere, dass sie als Elite auf die Interessen und Absichten der breiten Bevölkerung kaum oder höchstens begrenzt Rücksicht nehmen könnten (M. Hartmann 2013: 116ff.). Die Entsolidarisierung der



Eliten mit schwachen Gruppen sei also nicht nur, wie Heitmeyer argumentiert, die Folge von Entsicherung und kollektiver Nervosität, sondern der kleinste gemeinsame Nenner eines heterogenen Teiles der deutschen Bevölkerung, der sonst kaum über gemeinsame Merkmale verfüge. Diese Ansicht könne auch auf die Haltung und Einstellung der Mittelschicht gegenüber den Langzeitarbeitslosen übertragen werden. Die Rücksichtslosigkeit der Eliten, die nun von der Mittelschicht kopiert werde, um ihren Bestand zu sichern, erfahre Konjunktur (K. Hartmann 2012: 11-37). So spiele in vielen politischen Diskussionen und Stellungnahmen, die zurzeit in Deutschland geführt werden, der Wirtschaftsstandort Deutschland eine entscheidende Rolle. Gerade im medialen Diskurs der Nachrichtensendungen und Talkshows trete das Argument der Wirtschaftlichkeit zusehends an die Stelle von Solidaritätsbekundungen. Erkennbar werde so die Dominanz eines argumentativen Deutungsschemas, dass Alternativlosigkeit suggerieren solle. Als alternativlos etikettiert, würden Lohnsenkungen, Erhöhung des Renteneintrittsalters und Abbau von Transferleistungen mehr oder weniger stillschweigend akzeptiert. Die Auflösung von Arbeitnehmerrechten wie dem Kündigungsschutz werde durch die Unausweichlichkeit der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse begründet, marktgerechte Löhne seien das notwendige Übel, um einem Abbau von Arbeitsplätzen oder einer Verlagerung derselben ins Ausland vorzubeugen (K. Hartmann 2012: 195ff.).

In diesen Diskurs der Wirtschaftlichkeit – der auch die Sozialberichterstattung prägt – will das Problem der Armut nicht so richtig passen. Der Fall Deutschland ist gewissermaßen paradox. Der Diskurs über Armut und die variablen politischen Schlussfolgerungen aus den Armutsstatistiken, die zum Teil einfachste statistische oder empirische Sachverhalte missachten oder vertauschen, vermitteln den Eindruck, als gäbe es kaum Armut in Deutschland, die nicht irgendwie selbstverschuldet sei. Neben der Stigmatisierung von Arbeitslosen und der Individualisierung von Hilfeleistungen zeigt sich so eine Art Widerstand gegen die offizielle Anerkennung der Armut. Die Alltagserfahrungen der Armen werden marginalisiert. Damit steigt die Gefahr sozialer Disqualifizierung und Desintegration, somit das Gewaltpotential als Frustrationsventil, wie die Ausschreitungen in Frankreich (2005) und England (2011) drastisch zeigten. Benachteiligung von Armen durch Exklusion und wachsende Verarmung durch Prekarisierung rücken Deutschland im internationalen Vergleich eher in die Nähe Frankreichs oder Großbritanniens als in die Nähe der skandinavischen Länder (Paugam 2008: 282). Aktuellste Zahlen bestätigen diesen Trend. Danach gelten in Deutschland 20,3 Prozent der Bevölkerung als von

Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Deutschland liegt damit noch unter dem Durchschnitt innerhalb des Euroraums (23 Prozent), flankiert von Slowenien (20,4) und Slowakei (19,8 Prozent); allerdings deutlich hinter Island (13,0 Prozent), Norwegen (14,1 Prozent), Tschechischer Republik (14,6 Prozent), Niederlande (15,9 Prozent) Finnland (16,0 Prozent), Schweden (16,4 Prozent), sowie Frankreich (18,1 Prozent), Österreich (18,8 Prozent), Dänemark (18,9 Prozent), Luxemburg (19,0 Prozent)<sup>25</sup>. Die hier vorgenommene Bestandsaufnahme lässt die Kritik an den Hartz-Reformen als Beispiel für eine Deregulierung des Arbeitsmarktes (Leiharbeit, working poor, Prekarisierung, Abnahme sozial-versicherter Arbeitsverhältnisse) im Zuge der Umsetzung neoliberaler Grundsätze im deutschen Sozialsystem sowie deren Folgen: Stigmatisierung, Fragmentierung und Exklusion von Arbeitslosen, schließlich Entgrenzung von Armut, als gerechtfertigt erscheinen. Armut muss dann als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen begriffen werden, dass sich nicht mehr nur an den Rändern der Gesellschaft etabliert, sondern einen größeren Betroffenheitsradius entwickelt. In diesem Zusammenhang ist ersichtlich, dass die vorgestellten Zahlen das multidimensionale Phänomen der Armut zwar weitestgehend objektiv von außen betrachtend beschreiben können. Gleichzeitig muss jedoch eruiert werden ob es neue Erscheinungsformen von Armut gibt, die aufgrund von blinden Flecken bisher nicht ausreichend beleuchtet wurden. Welcher Bemessungsgrundlage auch gefolgt wird, Armut in Deutschland ist – entgegen der oben aufgezeigten Tendenz im öffentlichen Diskurs – längst zu einem gesamtgesellschaftlichen Systemproblem geworden, das sich nicht länger leugnen lässt. Das Armutsrisiko steigt kontinuierlich, von 15,2 Prozent (2007) auf 15,5 Prozent (2008), 15,6 Prozent (2009), 15,8 Prozent (2010) bis 16,1 Prozent (2011) (vgl. bpb 2014). Solch eine Entwicklung von hoher gesellschaftlicher Brisanz ruft die Soziologie als alternative Handlungsoptionen erschließende „Wirklichkeitswissenschaft“ (Simmel 1892, Weber 1904) auf den Plan. Denn nur über eine genaue Kenntnis der Lebenspraxis von Armen, die nicht in ein zahlenmäßiges Äquivalent übertragen werden kann, lässt sich deren Situation verstehen und überwinden. Denn Zahlen ohne Inhalt sind leer und Quoten ohne Begriffe sind blind. Unseren Begriff der Armut nicht von ‚außen‘ an diese heranzutragen, sondern von ‚innen‘ aus den Lebenspraxen der Armen abzuleiten, um so deren Situation überhaupt begreifen zu können und eine umfängliche Figuration der Armut zu gewährleisten, dies muss das Ziel einer Wissenssoziologie der Armut sein.

---

<sup>25</sup> EUROSTAT: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen. [http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/web/\\_download/Eurostat\\_Table\\_t2020\\_50HTMLDesc\\_4d936c32-b8ab-4738-a6b0-0ca8548da864.htm](http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/web/_download/Eurostat_Table_t2020_50HTMLDesc_4d936c32-b8ab-4738-a6b0-0ca8548da864.htm).



#### **4. Eigener Forschungsansatz und Forschungsziel: Eine wissenssoziologische Analyse der Kultur der Armut – Lebenspraxis und Lebensstile der Armen**

Der auf Quantifizierung, also Messung, aufbauende Armutsbegriff ist eine Momentaufnahme zu einer zuvor statistisch festgelegten, letztlich arbiträren Vergleichsgröße, wie beispielsweise dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoäquivalenz-einkommen. In Umkehrung eines eingeschliffenen Verständnisses, wonach qualitativen Untersuchungen die Nebenrolle der Explikation von Fragestellungen, quantitativer Forschung die Hauptrolle repräsentativer Befunde und empirischer Validierung zugeschrieben wird, werden im Projekt die quantitativen Daten zur Exploration der Forschungsfrage und Annäherung an ein Problemfeld benutzt, dessen Struktur mit Hilfe qualitativ-hermeneutischer Verfahren erschlossen werden soll.<sup>26</sup> Anstatt Armut anhand wie auch immer abgeleiteter Indikatoren von außen Personen zuzuschreiben, wollen wir *Armut als ein soziales Verhältnis* beschreiben, das in Prozessen der Deprivation zum Ausdruck kommt. Um diese Prozesse, aus denen Armut hervorgeht, zu erfassen, verschieben wir im Sinne des Sozialkonstruktivismus unseren Blickwinkel von den objektiv bestimmten Lebenslagen auf die von den Akteuren definierten Lebenssituationen, Lebensumstände und Lebensstile; kurzum: auf die *alltägliche Lebenspraxen* der Armen. So gesehen sind die Armen nicht bloß Opfer, sondern vor allem Subjekte, die in einem sozialen Feld die Opferrolle, die sie spielen sollen, reproduzieren (Bourdieu 1979). Daraus folgt nun im Umkehrschluss die das Bonner Forschungsprojekt leitende Suchhypothese: dass sie gerade dadurch prinzipiell auch die Chance haben, sich aus dieser Lage zu befreien, statt im Zirkel der Hilfe zur Selbsthilfe, also in der Betreuung wohlmeinender, letztlich sich nur selbstermächtigter Helfer gefangen zu bleiben.

Unser Forschungsanliegen setzt also an dem Punkt an, wo viele Erklärungsangebote enden. Auch in der Forschung wurden die Armen in ihrer gesellschaftlichen Rolle als Stigmatisierte und Ausgegrenzte, jetzt scheinbar wissenschaftlich legitimiert, festgeschrieben. Wir wollen die Armen nicht nur als Opfer in den Blick nehmen, sondern sie auch als Subjekte ihres Lebens weiter ernstnehmen. Aufgrund einer neuen Begriffsbestimmung erweitert sich gleichzeitig der Kreis derer, die von der Armutsproblematik real oder potentiell erfasst sind. Unser Ziel

---

<sup>26</sup> Diese Triangulation unterschiedlicher methodischer Herangehensweisen unterstreicht die Notwendigkeit objektiv-statistischer Datenerhebungen – insbesondere im Hinblick auf sozialpolitische Maßnahmen – ebenso wie eine oft unzureichende hermeneutische Sinnrekonstruktion der immer schon in Anschlag gebrachten gesellschaftlichen Deutungsmuster und Selbstbeschreibungen sozialer Realität.

besteht nicht in der Formulierung von entwicklungspolitischen Marschbefehlen für einen globalen „Kampf gegen Armut“ (Duflo 2013). Auch liegt uns wenig an einer wissenschaftlichen Bekräftigung der Stigmatisierung von Armen als „Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige“ (Bude/Willisch 2006). Wir verstehen unter der neuen Armut ein gesellschaftliches Phänomen, das „mitten unter uns“ (Selke 2013), ein Problem der Mehrheitsgesellschaft, d.h. der vielbeschworenen Mittelschicht ist. Wenn die Armut inzwischen die Mittelschichten bedroht, dann sind die Entwicklungspotentiale der Gesellschaft gefährdet, und die Armutsfrage erhält eine Relevanz, die über bloße Sozialpolitik hinaus die Grundlagen von Staat und Gesellschaft berührt. Dieser erheblich erweiterte Armutsbegriff betrifft zwar mehr Menschen, ist aber nicht ohne weiteres (z.B. über Einkommensverteilungen) quantifizierbar, weil sich das Problem auch in Bereichen zeigt, die mit dem, was gemeinhin unter Armut verstanden (und gemessen) wird (bzw. werden kann), nur unzureichend erfassen lassen. Allerdings muss dann zumindest der Versuch unternommen werden, die begrifflichen Uneindeutigkeiten z.B. Im Hinblick auf Armut, Deprivation, Prekarität, working poor und Exklusion, die momentan in der Diskussion benutzt werden, zu beheben, nicht zuletzt um Fehldeutungen oder Überzeichnungen zu vermeiden, die nicht zuletzt sozialpolitisch negative Konsequenzen nach sich ziehen können.

Im Deutungspluralismus, den Wissenschaftler, Politiker, meinungsstarke Journalisten, Fürsorgeexperten, aber auch von Armut selbst Betroffene fortlaufend produzieren und mit mehr oder weniger lauter Stimme in den gesellschaftlichen Diskurs über Armut einbringen, erscheinen Facetten eines komplexen Prozesses, der wissenssoziologisch als gesellschaftliche Konstruktion der Armut bezeichnet werden kann (s.u.).

Sozialkonstruktivistisch betrachtet ist Armut die Zuschreibung von typisierten Erwartungen und Wahrnehmungen, die Teil eines gesellschaftlichen Wissensvorrats sind, der zur Bewältigung der alltäglichen Lebenswelt eingesetzt wird. Wer was wieso über Armut weiß und wozu, zeigt ziemlich genau (wenn auch nicht exakt) auf, wie es um dieses Problem in unserer heutigen Gesellschaft bestellt ist. Die Sicht auf Armut als in Lebensstilen verkörpertes Wissen<sup>27</sup> befreit die damit verbundenen subjektiven Gefühlslagen wie „Vertrauensverlust, Verlassens-

---

<sup>27</sup> „Lebensstil der Armut“ klingt frivol, weil mit einem Lebensstil alltagsweltlich die Vorstellung von Luxus assoziiert wird, was in Bezug auf Arme schlicht unpassend wäre. Als wissenschaftlicher *terminus technicus* ist Lebensstil ganz wertfrei die Art und Weise (neudeutsch: der Habitus), die (bzw. der) das Verhalten eines bestimmten Sozialtypus kennzeichnen (bzw. kennzeichnet), also Handlungsoptionen in einem strukturierten Feld unterstellt.

ängste und Selbstabwertung“ (Selke 2013) aus einer rein psychologischen und moralisierenden Betrachtungsweise. Soziologisch-sozialkonstruktivistisch betrachtet zeigt sich Armut als Ausschluss innerhalb eines Einschlusses, unterscheidet sich damit von den wirklich Exkludierten, den Vogelfreien der Vormoderne oder den Lagerinsassen der Moderne (Agamben 1995). Diesen Exkludierten gegenüber hat der Arme noch Anrecht auf Hilfe, d.h. Solidarität, eben Mitleid, im modernen Sozialstaat sogar rechtliche Ansprüche nach den Sozialgesetzbüchern und zwar aus dem rein funktionalen Grund, die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt nicht zu gefährden. „Die Armenpflege“, so Georg Simmel in seinem Essay über den Armen, „ist eine Aufwendung öffentlicher Mittel zu öffentlichen Zwecken“ (Simmel [1908] 1983: 519). Soziologisch gesehen hat der Arme nicht als Person Anspruch auf Unterstützung, wie sie sich religiös oder moralisch-ethisch begründen ließe, sondern qua seiner „Zugehörigkeit zu der Staatseinheit“ (ebd. 522). Dem daraus resultierenden „Recht auf Unterstützung“ (ebd. 529) entspricht komplementär eine „Pflicht zur Unterstützung, die sich nicht auf den Armen als den Berechtigten, sondern auf die Gesellschaft richtet, deren Selbsterhaltung jene von ihren Organen und von gewissen Kreisen fordert“ (ebd.).

Eine Typologie des aktuellen Armutswissens in Deutschland ist also nicht nur wichtig, sondern auch notwendig, um eine empirische Annäherung an das Paradoxon „Armut in einem reichen Land“ (Butterwege 2011) zu bewerkstelligen. Praxisrelevanz („impact“) können unserer Ergebnisse erzielen, wenn sie zu einer veränderten Sicht auf das Phänomen „Armut“ beitragen. Somit soll unsere Analyse Anschlusspunkte für innovative wissenschaftliche Forschungen aufzeigen, aber auch fundiertes Orientierungswissen für politische Entscheidungen bereitstellen.

## **5. Forschungsstand: Eine wissenssoziologische Rekonstruktion der Armutsforschung**

Die nun folgende Analyse nimmt einen besonderen Bereich des gesellschaftlichen Wissensvorrats über Armut in den Blick: das wissenschaftliche Wissen über Armut. Die Analyse dieses speziellen Wissensvorrats zeigt, dass im Bereich der *scientific community* a) unterschiedliche Definitionen von Armut um Deutungshoheit und b) die theoretischen Erklärungen für die Entstehung, die mit praktischen Vorschlägen zur Bekämpfung der Armut verknüpft sind, um politischen Einfluss konkurrieren. Eine wissenssoziologische Analyse des Wissens über Armut fördert so auch die aktuelle, eher erzwungene als frei gewählte Wahlverwandtschaft zwischen

Ökonomie und Politik zutage und kann über bloße Ideologiekritik hinaus auch als „Korrekturwissenschaft“ (Soeffner 2012) alternative Deutungsangebote formulieren. In diesem Sinne vertritt die Bonner Forschungsgruppe im Anschluss an Peter L. Berger und Thomas Luckmann eine *Wissenssoziologie der Armut*. Wissenssoziologisch betrachtet geht es in erster Linie nicht um eine Bestimmung abstrakt-allgemeiner Indikatoren zur „äußerlicher“ Identifikation, sondern um die Rekonstruktion der subjektiven Wahrnehmungs- und Deutungsformen der Armut und damit der als „innere“ Handlungsmotive wirkenden und insofern konstitutiven Bedingungen der jeweils in konkreten Lebensstilen manifestierten Lebenspraxis der Armen.

Erst wenn Armut nicht nur punktuell gemessen, sondern darüber hinaus als Ergebnis nachhaltiger sozialer Wechselwirkungen verstanden wird, kann ihr tatsächliches Ausmaß erkannt und solche Stellschrauben benannt werden, deren Justierung zu einer veränderten Haltung gegenüber Armut in Politik und Gesellschaft beitragen vermögen. Zumal in einer sogenannten Wissensgesellschaft (vgl. Tänzler et al. 2006b) spielt der akademische Diskurs eine Schlüsselrolle im Prozess der sozialen Definition und Konstruktion von Welt einschließlich der sozialen Beziehungen. Im Folgenden werden daher die Deutungs- und Argumentationsmuster einer kritischen Prüfung unterzogen, die den wissenschaftlichen Diskurs aktuell dominieren.

Einen guten Überblick über das aktuelle Forschungsfeld vermitteln die Ökonomen Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrem viel beachteten Buch *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty* (Acemoglu/Robinson 2012: 45-70). Die soziologische Armutsdiskussion wird darüberhinaus detailliert dargestellt in einem Fachartikel der *American Academy* mit dem Titel *Reconsidering Culture and Poverty* (Small/Harding/Lamont 2010). Die deutschen Verhältnisse analysiert Christoph Butterwegge aktuell in *Armut in einem reichen Land* (Butterwegge 2011) und *Hartz IV und die Folgen* (ders. 2014). Die sozial eingeschliffenen und ins Unbewusste abgedrängten Wahrnehmungs- und Vorurteilsstrukturen irritieren die soziologisch informierten Sozialreportagen *Wir müssen leider draußen bleiben* von Kathrin Hartmann (2012) und *Schamland* von Stefan Selke (2013). Das Problem der Ausgrenzung durch Armut wird thematisiert in dem Band *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts* der Soziologen Robert Castel und Klaus Dörre (2009). Eine eigenständige Soziologie der Armut hat Serge Paugam mit seinen *elementaren Formen der Armut* vorgelegt (Paugam 2008). Paugam vollzieht den von Armatya Sen ausgelösten Paradigmenwechsel in der Armutsforschung, der die klassische Definition über Einkommensgrenzen als

theoretisch und empirisch wenig ergiebig zurückwies und eine mittlerweile in diesem Forschungsfeld allgemein anerkannte und angewandte Analyse sozialer und politischer Teilhaberechte etabliert hat (Sen 1999; 2000; 2010). Dieser „capability approach“ folgt dem bereits von Ernest Gellner formulierten Grundsatz, dass Teilhaberechte den Kern der modernen Kultur ausmachen (Gellner 1994).

Innerhalb dieses Forschungsfeldes kann unser Forschungsansatz auch als eine *Kultursoziologie der Armut* verortet werden<sup>28</sup>, die im Max Weberschen Sinne die Lebensführungsstile der von Armut betroffenen und sich entsprechend verstehenden und verhaltenden Menschen rekonstruiert. Dazu finden wir im genannten Diskurssegment zentrale Anknüpfungspunkte, weil die Annahme einer kulturbedingten Armutsdynamik methodologisch Parallelen zu unserer Vorstellung einer gesellschaftlichen Konstruktion der Armut aufweist. Da aber die Armutsbilder, die von den Wissenschaften insgesamt entworfen werden, zur gesellschaftlichen Konstruktion von Armut beitragen, beispielsweise wenn sie zum Gegenstand politischer Entscheidungen oder medial vermittelter Wahrnehmungsordnungen werden, ist zumindest eine kurze Nennung von Forschungsansätzen, die einem anderen Theoriehorizont entspringen, unabdingbar, um eine Verortung unserer eigenen Erkenntnisleistung innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses nachvollziehen zu können.

### **5.1 Armut als Mangel an öko-geologischen Ressourcen**

Der Deutung von Armut als Mangel an Ressourcen öko-geologischer Art liegt die Annahme zu Grunde, dass die unübersehbare Kluft zwischen armen und reichen Ländern vorrangig durch natürliche Umweltbedingungen bedingt sei. Neben dem Zugang zum Meer oder dem Vorkommen von Bodenschätzen müsse daher insbesondere der Einfluss des Klimas auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse in Rechnung gestellt werden. So lasse sich der Aufstieg der westlichen Zivilisation und des modernen Kapitalismus vor allem in den „gemäßigten Breiten“ des Nordens erklären. Weniger prosperierende Länder in den Regionen Afrikas, Zentralamerikas oder Südasiens seien demnach nur deshalb weniger wohlhabend, weil sie sich nicht in den sogenannten gemäßigten Klimazonen befänden. Vertreten wird hier also die Annahme eines

---

<sup>28</sup> Zum Verhältnis von Kultur- und Wissenssoziologie siehe Dirk Tänzler: Von der Seinsgebundenheit zum Seinsverhältnis. Wissenssoziologie zwischen Gesellschaftstheorie und Hermeneutik der Kulturen. In: Tänzler et al. 2006: 317-335.



Zusammenhangs zwischen tropischem Klima und Entwicklung des Bruttosozialprodukts, wobei das Verhältnis zwischen den beiden Faktoren unterschiedlich gewichtet wird (Acemoglu/Johnson/Robinson 2010).

Aus dem angenommenen Determinismus der geographischen Lage ergeben sich schlüssige wie fragwürdige Schlussfolgerungen. Schon Montesquieu ging Mitte des 18. Jahrhundert im 14. Buch des zweiten Teils seines Werkes *Vom Geist der Gesetze: Von den Gesetzen, in Beziehung auf die Eigenschaft des Klima* davon aus, dass Arbeitsleistung und -motivation mit steigendem Klima abnehmen würden (Montesquieu [1748] 1986). In einer Agrargesellschaft – seinerzeit waren 90 Prozent der Bevölkerung Bauern – musste der Einfluss des Klimas auf die Arbeitsbedingungen, Mentalität und Kultur als gravierend erscheinen.<sup>29</sup>

Heute verweisen Wissenschaftler wie der US-amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs auf zwei andere Problemlagen, die als geographisch-klimatische Einflussgrößen den Entwicklungspfad von Gesellschaften (mit-)bestimmen. Sachs stellt fest, dass die Gesundheit der Bevölkerung in Abhängigkeit zum vorherrschenden Klima gesehen werden müsse. Tropenkrankheiten wie Malaria üben einen starken Einfluss auf die Arbeitsproduktivität aus, direkt über jene Erkrankten, deren Arbeitskraft ausfalle, indirekt über eine wachsende Säuglingssterblichkeit. Hinzu komme der Umstand, dass tropische Böden weniger ertragreich seien, weil diese Nährstoffe nicht ausreichend speichern könnten (Sachs 2005).<sup>30</sup>

Der Evolutionsbiologe Jared Diamond variiert das Thema und sieht den ausschlaggebenden Einflussfaktor auf die Armutsentwicklung in der lokal spezifischen Flora und Fauna. Die Wurzeln ungleicher gesellschaftlicher Entwicklung lägen in den Auswirkungen klimatischer und geographischer Veränderungen, die nach dem Ende der letzten Eiszeit eingetreten seien. Damit wendet sich Diamond dezidiert gegen jedwede Form rassistischer Deutung der Entwicklungs-

---

<sup>29</sup> „Die kalte Luft ziehet die äußersten Fibern [Fasern; FT] unsers Körpers zusammen. Dies vermehret ihre Federkraft und befördert den Rücklauf des Bluts von den äußersten Theilen nach dem Herzen. Die Wärme hingegen dehnt die Fibern aus, und verhindert dadurch die Federkraft. Man besitzt demnach in kalten Ländern mehr Munterkeit. Die Funktion des Herzens und der Fibern gehet besser von statten. Die Humores sind in besserem Gleichgewicht, der Umtrieb des Bluts nach dem Herzen ist schneller und giebt dem Herzen folglich mehr Kraft. Hieraus müssen natürlicherweise große Wirkungen entstehen. Z.B. größeres Selbstvertrauen, folglich mehr Muth, größeres Gefühl seiner überlegenen Stärke, folglich weniger Rachsucht; größeres Bewußtsein seiner Sicherheit, folglich mehr Freimütigkeit, weniger Mißtrauen, weniger Hinterlist. Im Ganzen muss dieses einen ganz anderen Charakter bilden“ (Montesquieu II; XIV/1).

<sup>30</sup> Hier gilt es kritisch anzumerken, dass natürliche Einflüsse nicht unabhängig vom Grad der gesellschaftlichen Naturbeherrschung wirken.

frage. Alles hänge davon ab, ob angestammte Tierarten zur Domestizierung geeignet oder ertragreiche Böden zur Bewirtschaftung vorhanden gewesen seien (Diamond 1997). Warum sich innerhalb ein und derselben Klimazone unterschiedliche Armutsformen entwickeln, lässt sich mit diesem Deutungsmodell ebenso wenig erklären, wie der rapide Entwicklungsschub in Regionen wie Japan oder China, die über längere Zeit überhaupt kein Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten.

Dem Klima als Ursache der ungleich verteilten öko-geologischen Ressourcen kommt in der Erforschung der allgemeinen Armutsentwicklung eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die sogenannten Strukturen der „longue durée“ in der Menschheitsgeschichte (Braudel 1949) zu. Nicht zuletzt hat die Erforschung des Zusammenhanges zwischen Klima und Armut im Zuge der Diskussion um die Auswirkungen des Klimawandels der Vorstellung von Armut als Mangel an öko-geologischen Ressourcen neuen Aufwind unter veränderten Vorzeichen verliehen (Stern 2007). Wenn die Klimaentwicklung durch eine Veränderung des gesellschaftlichen Verhaltens variieren kann, erhält die Sorge um die extrasoziale Begründung der Armut einen politischen Akzent. Der politische Aufruf zu nachhaltigem Wirtschaften kommt so nicht nur der Umwelt, sondern auch jenen Armen zugute, die unter den Klimaauswirkungen leiden müssen. Somit zeigt sich: auch die Wirkung von Naturfaktoren bleiben vom Grad der menschlichen Naturbeherrschung und damit der Kultur abhängig. Sie mögen zwar als Ursachen zur Armutsausprägung beitragen, können aber nicht „kausal“ als Einflussfaktoren auf den Armutsverlauf veranschlagt werden. Der historische Entwicklungsverlauf der beiden Amerikas zeigt dies paradigmatisch. „The tropics in the Americas were thus much richer than the temperate zones, suggesting that the >obvious fact< of tropical poverty is neither obvious nor a fact“ (Acemoglu/Robinson 2012: 50).

## **5.2 Armut als Mangel an Reichtum**

In den Wirtschaftswissenschaften wird Armut heute als ein Zustand beschrieben, der sich durch einen Mangel an Reichtum, oder genauer: Einkommen, auszeichnet. „Armut ist ein Zustand, in dem Menschen unzureichend Einkommen beziehen“ (Samuelson/Nordhaus 1998) heißt es in einem gängigen Grundlagenwerk zur Volkswirtschaftslehre.

Bereits bei Adam Smith wird Armut in der Art eines Naturzustandes gedanklich erfasst, der nur durch die Tätigkeit des Wirtschaftens überwunden werden kann. „Wer sein eigenes Interesse verfolgt, befördert das der Gesamtgesellschaft häufig wirkungsvoller, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu fördern“ (Adam Smith [1776] 1973, S. 235f.). Das individuelle Streben nach Maximierung des persönlichen Nutzens im Allgemeinen und des Profits im Besonderen bringe unter Bedingungen der Konkurrenz im freien Spiel der Kräfte einer Marktwirtschaft das Gemeinwohl hervor. Mit seiner Metapher von der „invisible hand“ prägt Smith bis heute die Vorstellung einer letztlich dem Wohle aller dienenden Selbstregulierung des freien Marktes.

Armut wird als Negativum, eben als *Mangel an Reichtum* dargestellt. Kritiker solch einer Auffassung machen auf die damit verbundenen theoretischen Schwierigkeiten aufmerksam (z.B. Brodbeck 2009). Das Problem einer solchen Definition liege darin, dass Armut nicht nur als ein Zustand beschrieben werden könne, der einfach gegeben sei, sondern als etwas, das in einem fortlaufenden Prozess erzeugt werde. Wenn Armut als ein prä-ökonomischer Urzustand gedacht werde, der sich durch Wirtschaften überwinden lasse, entgehe der ökonomischen Vernunft, dass Armut auch ein Produkt ökonomischer Prozesse sein könne wie insbesondere Marx betont hat (Marx [1890] 1962: 648f., 666). Das Wirtschaftswachstum erscheine deswegen immer als Lösung und niemals als Ursache der Armutproblematik. Politische Folgen zieht diese Sichtweise nach sich, wenn auf gesellschaftliche Probleme, die durch Wachstum entstehen, mit marktkonformen Lösungen geantwortet wird.

Eine weitere Schwierigkeit ist methodischer Natur: Eine an gewichteten Einkommensgrenzen orientierte Statistik bildet nur statische Zustände ab, die ggf. verglichen und so „äußerlich“ in Beziehung zu einer zuvor festgelegten Armutsgrenze gesetzt werden, die wiederum nur wenig über den vielschichtigen Verlaufscharakter der Armut aussagen kann (vgl. Paugam 2008). Die Messung von Armut als *Mangel an Einkommen* kann sogar das Armutsbild verzerren und Fehlschlüsse provozieren. Typische Armutserfahrungen wie Deprivation fallen so aus dem Rahmen der auf Messung beruhenden Wahrnehmung.

Die reduktionistische Definition von Armut als *Mangel an ökonomischen Gütern* verfehlt die Komplexität der Armutproblematik, wie der Lösungsvorschlag von Friedrich August von Hayek zeigt (Hayek 1991). Armut, so Hayek, sei durch ökonomisches Handeln überwindbar, weil die Kluft zwischen Arm und Reich Anreize zur Armutverringerung schaffe. Der Lebensstil

der Reichen motiviere die Armen zur Nachahmung. Diesem unschwer als Trugschluss erkennbaren Leitmotiv erliegen auch die neoliberalen Forderung unserer Tage nach einer Deregulierung der Märkte: dem unerschütterlichen Glaube an die inhärente Stabilität der Märkte durch ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Zur Nachahmung bedarf es Möglichkeiten. Werden diese durch die Prekarisierung von Erwerbsverhältnissen verschlossen, verfestigt sich der Abstand zwischen Arm und Reich ohne Verwirklichungschancen für Nachahmewillige ersatzweise geöffnet zu haben. Reichtum erzeugt so zwar immer noch Anreize, diese bleiben aber auf jene beschränkt, die bereits am Reichtum partizipieren. Das Scheitern dieser Theorie wird dann durch eine moralisierende Betrachtung verschleiert. Es wird dann eine scheinbar bildungsökonomische Analyse von Armut auf der Grundlage eines fadenscheinigen Begriffs von der „bildungsfernen Schicht“ konstruiert, die dann bei Populärwissenschaftlern geistige Urstände feiert (Sarrazin 2010).

Neuste Studien zeigen dagegen, dass nicht Leistungswille und Arbeit zu Reichtum führt, sondern Vermögen (Piketty 2013). Arm und Reich markieren die Extreme der sozialen Ungleichheit. Soziale Ungleichheit ist ein Strukturmerkmal moderner, funktional differenzierter Gesellschaften und laut liberaler Doktrin der entscheidende Anreiz für gesellschaftliche und insbesondere ökonomische Entwicklung, d.h. Produktion gesellschaftlichen Reichtums. Aus dieser Perspektive ist Armut Ausdruck und Folge unzureichender Leistungsbereitschaft oder mangelnden Leistungsvermögens und insofern die dadurch bedingte eingeschränkte Teilnahme an der Gesellschaft (bei Zensuswahlrecht sogar der Ausschluss von politischer Teilhabe) gerecht. Entsprechend ist Vermögen als Prämie auf überdurchschnittliche Leistung legitimiert.

Für das 19. Jahrhundert mag diese Annahme noch gelten. Damals stiegen die Vermögen, aber auch die Löhne. Diese Entwicklung setzte sich im 20. Jahrhundert jedoch nicht fort. Seit 1980 stagniert der Median-Lohn männlicher Angestellter z.B. in den USA und ist derzeit real niedriger. Diesen Trend bildet folgende Grafik ab, die wir dem Economist entnommen haben (Grafik 1: Reallohnentwicklung).

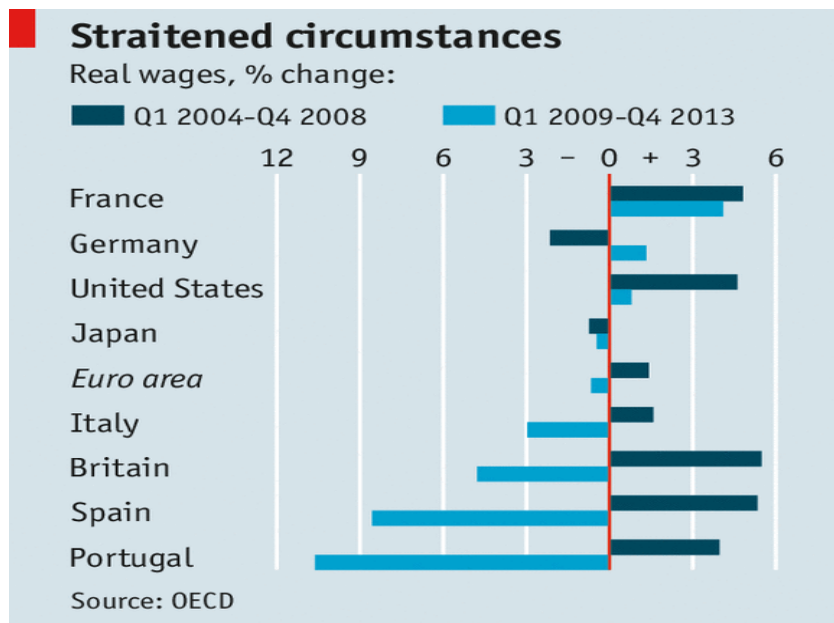


Tabelle 4: Reallohnentwicklung. Quelle: The Economist, Sept. 6th, 2014

Auffällig ist die gegenläufige Entwicklung in Deutschland, die mit den Reformen der rot-grünen Regierung sowie mit einer antizyklischen Lohnpolitik als Antwort der Großen Koalition auf die Krise zu sehen ist.

Während nach Marx der Kapitalismus sich aufgrund seines eigenen Bewegungsgesetzes, nämlich des tendenziellen Falls der Profitrate das eigen Grab schaufele, heißt aktuell die Gesetzesformel bei Piketty:  $r > g$  (Piketty 2014: 571). Diese Formel besagt, dass die Kapitalrendite immer größer sei als die volkswirtschaftliche Wachstumsrate. Diese „selbstverständliche Annahme“ (Paqué 2014) wird aber erst brisant durch die weitere Behauptung, dass sich nämlich diese Ungleichheit  $r > g$  auf die Einkommensverteilung übertrage, aus dem ökonomisch also ein sozialstrukturelles Gesetz werde. Übertragen auf die Armutsentwicklung hieße das, dass die Reichen schneller reich würden als sich die Armen aus der Armut befreien könnten. Damit wäre die angebotsorientierte „Trickle-down-Theory“ der „Reagonomics“, der zufolge die „reichen“ Leistungsträger die „Armen“ und das heißt auch immer Inkompetenteren (als normatives Konstrukt formuliert: „die Schwachen“) mitziehen, widerlegt.

Für unsere Analyse wissenschaftlichen Wissens über Armut und dessen Folgen lässt sich daraus, mit Joseph Stiglitz zu sprechen, die Hypothese ableiten, dass materielle Ungleichheit zu sozialer und politischer Ungleichheit führe, weil die Reichen die Regierungspolitik mitbestimmen (Stiglitz 2012), was wiederum Einfluss auf das politische Agenda-Setting der Armutsproblematik nehmen könne.

Der Wirtschaftsliberale Paqué gibt nun zu bedenken, dass in Zukunft aufgrund des Mangels sowohl an Kapital wie an qualifizierter Arbeit die Einkommen, also Zinsen und Löhne, wieder steigen, also ein Gegentrend eintreten könne, der die Spielräume für politisches Handeln wieder erweitere. Damit wäre Pikettys Gesetz relativiert, wenn nicht fragwürdig, und auch seine umverteilungspolitischen Forderungen obsolet. Wie dem auch sei – aus soziologischer Perspektive leidet diese polit-ökonomische Debatte an einer defizitären Bestimmung des Sozialen, in unserem Fall der Eigengesetzlichkeit des sozialpolitischen Systems und der Armut als soziales Konstrukt.

Neuere ökonomische Ansätze erkennen dies und tendieren dazu, auch extra-ökonomische Faktoren zu berücksichtigen. Armut wird hier als ein soziales Exklusionsphänomen betrachtet, dass sich in der Verhinderung von individuellen Handlungsmöglichkeiten manifestiert (Sen 2000), die wiederum in einem Zusammenhang mit der Verfestigung extraktiver Institutionen stehen (Acemoglu/Robinson 2012). Damit wird der Erkenntnis genüge getan, dass Märkte gerade keinem „freien Spiel der Kräfte“ (Adam Smith [1776] 1973) unterliegen, sondern unauf löslich in der Prozesslogik sozialer und politischer Verhältnisse verankert bleiben.

### **5.3 Armut als Mangel inklusiver Institutionen**

Die US-amerikanischen Ökonomen Daron Acemoglu und James A. Robinson unterscheiden zwei Typen institutioneller Arrangements, die erfolgreiches Wirtschaften ermöglichen (Acemoglu/Robinson 2012): inklusive und extraktive Wirtschaftsinstitutionen. Jene machen die Ideen und Talente der Staatsbürger nutzbar, bieten Gelegenheiten und Anreize zur Teilnahme am Wirtschaftsleben, Vertrags- und Eigentumsrechte sichern die Erwerbs- und Besitzverhältnisse, ein funktionierender Justizapparat sorgt für Recht und Gerechtigkeit, Regeln und Kontrollen ermöglichen einen fairen und freien Wettbewerb. Dagegen führen extraktive Wirtschaftsinstitutionen zu einer Benachteiligung der Bevölkerung. Innovationspotentiale werden im Keim erstickt, weil Eigentumsrechte nicht gesichert sind und Regulierungen, Gesetze sowie Verträge im Allgemeinen durch Korruption unterlaufen und unterminiert werden. Es gibt keinen fairen Wettbewerb, da die Herrschenden sich auf Kosten der Beherrschten bereichern.

Der Deutungstypus Armut als Mangel inklusiver Institutionen führt den Erfolg und das Scheitern von Nationen und damit verbunden die Entstehung und Überwindung von Armut auf die

in den jeweiligen Staaten geltenden Regeln zurück, die durch Institutionen gewährleistet werden. Inklusiv Institutionen sorgen dafür, dass die Macht innerhalb einer Gesellschaft breiter verteilt ist, womit deren willkürliche Ausübung eingeschränkt wird. Extraktive Institutionen führen zu Machtkonzentration und Kapitalakkumulation zuungunsten der Gesellschaft. Das Verhältnis von extraktiven zu inklusiven Institutionen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung einer Gesellschaft fassen die Ökonomen Daron Acemoglu und James A. Robinson folgendermaßen zusammen: „Inclusive economic institutions also tend to reduce the benefits the elites can enjoy by ruling over extractive political institutions, since those institutions face competition in the marketplace and are constrained by the contracts and property rights of the rest of society“ (Acemoglu/Robinson 2012: 83).

Wirtschaftswachstum benötigt neben den wirtschaftlichen auch politisch-inklusive Institutionen, weil diese innovatives Handeln begünstigen und damit den organisatorischen und technischen Wandel vorantreiben. Als Voraussetzungen für die Entwicklung und Stabilisierung von inklusiven Institutionen nennen Acemoglu und Robinson folgende Faktoren: zentralisierte Ordnung, Unterstützung eines Minimums an Pluralismus durch politische Institutionen, zivilgesellschaftliche Institutionen und freie Medien (ebd. 462). Die Ressourcen des Wirtschaftswachstums sind so gesehen weder ausschließlich materiell (Rohstoffe) noch geographisch (Lage, Klima), sondern in individuellen Eigenschaften, Begabungen und Fähigkeiten gegründet, die durch politische Entscheidungen forciert oder unterdrückt werden. Um solche individuellen Wachstumsressourcen zu fördern, bedarf es neben dem politischen Willen ebenso eines institutionelles Umfeldes, dass Innovationspotentiale erkennt, schützt und voranbringt. Aber auch dieses Erklärungsmodell bleibt dem methodischen Individualismus des ökonomischen Denkens verhaftet und stößt daher nicht zu den sozio-historischen Bildungsprozessen der individuellen „capabilities“ vor.

#### **5.4 Armut als Mangel an Verwirklichungschancen**

Die *Capabilities-Hypothese* besagt, dass der Grund für die Entstehung und Verfestigung von Armut in mangelnden Verwirklichungschancen oder Befähigungen („capabilities“) der Armen besteht. Wie der Ökonom Amartya Sen eindrücklich gezeigt hat, wurden Hungersnöte bislang

kaum durch den Faktor Nahrungsknappheit ausgelöst. In den meisten Fällen waren es Umverteilungen von Zugangschancen zuungunsten der Armen, die zum Ausbrechen von Hungersnöten geführt haben. Armut entstünde, so Sen, im Rahmen der Entziehung von Nutzungs- oder Eigentumsrechten entweder durch den Markt, indem dieser Einkommen und Beschäftigungsverhältnisse kürzt, oder durch korrupte Regierungen, die in die eigene Tasche wirtschaften, dafür die Armen ausnutzen und ausgrenzen (Sen 1999; 2010). Marx nannte das die ursprüngliche Akkumulation, wie sie die postsozialistischen Transformationsländer jüngst erfahren mussten.

Die Folgen der Verhinderung von Verwirklichungschancen sind in ihrem Ausmaß verheerend. Arme sind kränker und sterben früher, sie haben meist nur unzureichenden Zugang zu frischem Wasser und Nahrung. Oft bleibt ihnen der Zugang zu Gesundheitsmaßnahmen und Bildungsinstitutionen verwehrt. Insbesondere der Zugang zu Bildung und Gesundheit erhöht das Spektrum individueller Verwirklichungschancen, weil erst dadurch unterschiedliche Optionen der Lebensgestaltung eröffnet werden. Um die Verwirklichungschancen zu erhöhen, plädiert Amartya Sen für eine Neuausrichtung der globalen Entwicklungspolitik. Übergeordnetes Ziel aller entwicklungspolitischen Maßnahmen müsste demnach in der Intensivierung der Befähigung zu Partizipation an Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen bestehen. Forschungen in diesem Bereich beziehen sich vor allem auf die Evaluierung entwicklungspolitischer Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Mikrokredit. Deren Wirksamkeit wird getestet, um den Erfolg solcher politischer Entscheidungen zu forcieren, welche die Lebensumstände der Armen erfolgreich und nachhaltig verbessern (Banerjee/Duflo 2011). Die Capabilities-Hypothese zielt aber letztlich nicht nur auf eine bessere Analyse und Erklärung der Entstehung von Armut, sondern auf die Entdeckung konkreter Maßnahmen zu ihrer wirkungsvollen Bekämpfung.

Prominenter Kritiker der Capabilities-Hypothese ist der US-Ökonom William Easterly. Dieser geht davon aus, dass das Entscheidungsverhalten der Armen nicht durch entwicklungsökonomische Maßnahmen beeinflusst werden könne. Alle Entwicklungshilfe führe deshalb ins Leere. Hilfsprogramme würden sogar den Status von Armen weiter zementieren, indem sie diesen die Möglichkeit nähmen, aus eigenem Antrieb heraus die Entwicklung von Ressourcen voranzutreiben (Easterly 2006).



Mit dieser Kritik verweist Easterly auf ein Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, das in der Armutfrage, genauer: in der Frage nach dem Sinn des Rechts auf staatliche Unterstützung, auf besondere Art und Weise zum Vorschein kommt. Bereits Alexis de Tocqueville hat in seinen Überlegungen zu diesem Thema soziologisch argumentiert und die gesetzlich organisierte Armenfürsorge scharf kritisiert: „das Recht des Armen auf Unterstützung seitens der Gesellschaft hat die Besonderheit, dass es demjenigen, der es ausübt, nicht die Seele stärkt, sondern ihn demütigt [...] sobald ein Bedürftiger in die Armenliste seiner Pfarrgemeinde eingetragen ist, kann er mit Sicherheit Unterstützung beanspruchen, aber was ist der Gewinn des Anrechts sonst, als die rechtskräftige Festschreibung des Elends, der Bedürftigkeit und der Unzucht desjenigen, der es erhielt? Die üblichen Rechte werden Menschen wegen einer von ihnen errungenen persönlichen Überlegenheit gegenüber ihresgleichen gewährt. Diese hier wird wegen einer anerkannten Abhängigkeit zugestanden. Erstere betonen einen Vorzug und unterstreichen ihn; letzteres hebt eine Abhängigkeit hervor und bestätigt sie amtlich“ (Tocqueville 2006 [1835]: 73).

Wo Tocqueville voll und ganz auf die Wirkung privater Fürsorge setzt, weil angeblich „[d]as individuelle Almosen (...) wertvolle Bande zwischen dem Reichen und dem Armen [schafft]“ (ebd.), verspricht die Hilfe zur Selbsthilfe im Rahmen einer forcierten Expansion von Verwirklichungschancen Unterstützung ohne Abhängigkeit. Folgt man Easterly, der das bekannte konservative Argument der Entmündigung durch Hilfe zur Selbsthilfe – Empowerment in der aktuellen Rhetorik – wiederholt, das von Links neuerdings mit Verweis auf Foucault vorgetragen wird<sup>31</sup>, dann scheint auch der Capabilities-Ansatz Opfer dieses Paradoxes zu sein.

## 5.5 Armut als kulturelles Phänomen

Der Capabilities-Ansatz war oben bereits mit Gellners Kulturtheorie in Zusammenhang gebracht worden. Gellner sieht in der Moderne eine Ablösung des von der Gesellschaft zugeschriebenen sozialen Status durch Kultur, d.h. soziale und politische Teilhabe. Kultur ist dann

---

<sup>31</sup> Diese Kritik am Wohlfahrtsstaat und der „Entmündigung durch Experten“ hat in den 70er Jahren Ivan Illich (1979) vorgetragen, die im Rahmen der akademischen Debatte um die „New Class“, aber auch im Umkreis der Neuen sozialen Bewegungen großen Einfluss entfaltete, was in den aktuellen Arbeiten, etwa Bröckling (2007), völlig in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

selbsterrungener Status. Diese Idee verweist wiederum auf die berühmte „Protestantismusthese“ Max Webers, die aktuell im Hinblick auf die „anatolischen Calvinisten“ aufgegriffen wurde. Im Calvinismus erblickt der Soziologe den reinen Idealtypus des frühbürgerlichen Individualismus.

Weber geht davon aus, dass die innerweltliche Bewährungsethik des Protestantismus und insbesondere das Arbeitsethos der Calvinisten mit den beiden Prinzipien des Kapitalismus, Kapitalakkumulation und Kapitalreinvestition, dergestalt strukturell übereinstimmt, dass die Ausprägung des ersten die Entwicklung des letzten beschleunigt habe. Ideen, also religiöse Vorstellungen und Weltanschauungen, kanalisieren, nach dem berühmten Weberschen Diktum die handlungsleitenden Interessen (Weber [1920] 1963: 252). Der protestantischen Reformation spricht Weber deswegen eine Schlüsselrolle im Aufstieg der Industrienationen zu, weil diese zur Etablierung eines bestimmten Arbeitsethos beigetragen habe.

Die Webersche Protestantismusthese ist umstritten. Phänomene wie das Wachstumswunder in Japan oder Singapur seien mit seinem Ansatz kaum erklärbar, lautet die Kritik. Auch Chinas Aufschwung zur industriellen Supermacht habe weniger mit chinesischen Werten oder der chinesischen Kultur als vielmehr mit einer Transformation des Wirtschaftssektors zu tun (Acemoglu/Robinson 2012:63). Der Historiker Jürgen Osterhammel gibt zu bedenken, dass der Turbokapitalismus chinesischer Prägung keine Erklärung aufzwänge, die auf den Konfuzianismus als geistige Ursache Bezug nehmen müsse. Die für das heutige China typische Mischung aus Sozialismus und Kapitalismus sei nicht mit einer weltanschaulichen Legitimation ökonomischen Handelns zu verbinden. Die Parteiliten hätten ein rein funktionales Verständnis zum ökonomischen Handeln, das ethisch weder begründbar noch rechtfertigbar sei (Osterhammel 2002).

Es ist hier nicht der Ort für eine systematische Auseinandersetzung mit der Weberschen Protestantismusthese und deren Kritikern. Einige Hinweise auf die Plausibilität dieser religionssoziologischen Annahme mögen hier genügen. Für die soziale und ökonomische Entwicklung in unterschiedlichen Weltregionen konnte das Erklärungspotential der Protestantismusthese Webers eindrucksvoll entfaltet werden. So verweisen etwa die empirischen Studien des Religionssoziologen David Martin nach wie vor auf einen Zusammenhang zwischen religiösen und ökonomischen Veränderungen (Martin 1990). Angewendet auf das Phänomen einer wachsen-

den Verbreitung des evangelikalen Protestantismus im bislang katholisch geprägten Lateinamerika kommt Martin zu dem Schluss, dass der Übergang vom Katholizismus zum Protestantismus dem Übergang von einer kapitalismusfeindlichen traditionellen hin zu einer kapitalismusfreundlichen und bürgerlich-liberalen Gesellschaftsordnung entspräche. Seine Fallstudie über das Chile der Post-Pinochet-Ära verweist auf einen durch die evangelikalen Missionierungserfolge bewirkten Kulturwandel. Bemerkbar mache sich dieser vor allem in einer Veränderung der Familienstrukturen, genauer: in der Familiarisierung des Vaters im Bezugsfeld einer ehemals katholisch geprägten und dazu oft gewaltbereiten Macho-Kultur. Solch eine ‚zivilisierende‘ Veränderung resultiere aus einer für evangelikale Erweckungsbewegungen typischen Form religiösen Bekenntnisses und habe nicht nur zu neuen inklusiven, partizipativen und expressiven Ausdrucksformen des religiösen Empfindens geführt, sondern auch zu einer methodischen Lebensführung und neuen Arbeitsethik beigetragen, die wiederum Einfluss auf den wirtschaftlichen Aufschwung Chiles genommen habe (Martin 1990).

Das Phänomen der ‚Anatolischen Tiger‘, ein weiteres Beispiel für die Aktualität des Weberischen Deutungsansatzes, bezeichnet den Aufschwung einiger Großstädte in Zentral- und Ostanatolien (Adly 2013). Zur Erklärung des Wirtschaftswachstums in den türkischen Provinzen wird abermals auf Webers These verwiesen, die nicht die materiellen Ressourcen als ausschlaggebende Gründe des Wirtschaftswachstums in Anschlag bringt, sondern stattdessen Überzeugungen und Wertideen als entwicklungsfördernd einstuft (Krämer 2011). Die Prosperität der anatolischen Millionenstadt Kayseri wird folglich auf den dort wehenden Geist eines ‚islamischen Calvinismus‘ zurückgeführt (ESI 2005). Eine fromme, genügsame und fleißige Lebenshaltung, die islamisch-konservativ und wirtschaftsliberal zugleich ist, befördere das dortige Wachstum, so eine gängige Erklärung. Der Zusammenhang zwischen Islam und Protestantismus wird in einem Interview sogar explizit genannt, das zur Erforschung des Wirtschaftswachstums in der Region Kayseri von der European Stability Initiative (ESI) im Rahmen einer Erhebung durchgeführt wurde. Obwohl sie Muslime seien, sei ihre Arbeitsethik doch protestantisch, führt ein Vertreter der Unabhängigen Vereinigung der Industriellen und Geschäftsleute (MUSIAD) als Erklärung des Wirtschaftswachstums an. Der Verzicht auf verschwenderisches Handeln und Finanzspekulationen sowie die Reinvestition von Kapitalerträgen würden auch den Kern der Arbeitsmoral seiner Glaubensgemeinschaft ausmachen, betont der Befragte (ESI 2005: 26).

Die Frage nach dem Geist des Kapitalismus als eine denselben legitimierende Weltanschauung, verfestigt in bestimmten Werten und Prinzipien, ist als Leitmotiv nach wie vor aktuell. Manche Autoren sprechen sogar von einem neuen Geist des Kapitalismus und haben so eine neue kapitalismuskritische Forschungsperspektive eröffnet (Chiapello/Boltanski 1999). In ihrem Gemeinschaftswerk gehen die französischen Soziologen Luc Boltanski und Ève Chiapello der Frage nach, wie sich der Kapitalismus verändert und an den Zeitgeist anpassen konnte. Neu am gegenwärtigen Geist des Kapitalismus ist eine veränderte Haltung zum Arbeitsleben, die sich an einer zunehmenden Überschneidung von Berufs- und Privatleben ablesen lässt. Das wiederum führt zu einer Art Permanenz der Arbeitsbereitschaft, weil Wohn- und Arbeitswelt aufgrund technischer Kommunikationsmöglichkeiten ineinander übergehen. Als Träger der Kultur des neuen Kapitalismus hat Richard Sennett den „flexiblen Menschen“ (Sennett 1998) geoutet, der, wie von Weber prophezeit, an zunehmender Beziehungsarmut und seelischen Leere leidet. Burnout ist zum Syndrom dieser neuen Entwicklung geworden und Work-Life-Balance zur Therapie dieser Zivilisationskrankheit avanciert.

Eine weitere kulturtheoretische Deutung von Armut geht auf den US-amerikanischen Ethnologen Oscar Lewis (1966) zurück. Als „culture of poverty“ beschreibt Lewis nicht so sehr die Gründe von Armut als vielmehr deren Auswirkung auf die Lebensweisen der Menschen. Eine Kultur der Armut manifestiere sich in den Denk- und Handlungsmustern der Armen, die von Generation zu Generation weitervererbt würden, lautet die Kernthese von Lewis. Als spezifisches Handlungsmotiv von Armen erkennt Lewis eine starke Fixierung auf die Gegenwart, verbunden mit dem Wunsch nach zeitnaher Erfüllung aktueller Bedürfnisse. Mit den Lebensverhältnissen der Armen, ihren Gedanken, Gefühlen und Erwartungen beschäftigt sich auch eine materialreiche Studie, die unter Pierre Bourdieus Leitung durchgeführt wurde. Zum ersten Mal wurde den Armen, die im Kreuzfeuer zwischen Wirtschaftswachstum und wachsendem Konkurrenzdruck auf der Strecke zu bleiben drohten, eine Stimme verliehen, indem über ihre Lebenswirklichkeit berichtet wurde, die von Leid, Verbitterung, Intoleranz und Gewalt geprägt sei (Bourdieu 1993).

Ganz andere Anleihen bei Max Weber vermittelt Shmuel Eisenstadts Theorie der „Multiple Modernities“ (Eisenstadt 2007). In dieser Theorie wird der Versuch einer Übertragung des Weberschen Ansatz auf Entwicklungsphänomene im Zeitalter der Globalisierung unternommen.

Wo Weber noch von einem idealtypischen Entwicklungspfad *der* okzidentalen Moderne ausging, gemessen an dem alle nicht-westliche Entwicklung als Abweichung erschien, rückt Eisenstadt die Eigenlogiken der „multiplen Modernen“ in den Mittelpunkt. Die Geschichte der Moderne erscheint so als Prozess der Bildung, Umbildung und Neubildung von wandlungsfähigen und untereinander widersprüchlichen Modernen. Wenn wir Simmel folgend davon ausgehen, dass Armut für Gesellschaften zugleich konstitutiv wie gefährlich ist, müssten die unterschiedlichen ‚Modernen‘ auch zu unterschiedlichen Entwicklungspfaden der Armut und Armutsbekämpfung beitragen. Damit wären Stufen der Entwicklung und Bekämpfung von Armut mit Stufen der gesellschaftlichen und historischen Entwicklung in ein heuristisches Verhältnis gebracht. So ließe sich am Beispiel unterschiedlicher Sozialpolitiken zeigen, wie die soziale und politische Wahrnehmung von Armut mit dem Druck der realen Verhältnisse steigt oder sinkt (Dietz 1997: 25-57; 203f.).

## **6. Der sozialpolitische Diskurs: Zur sozialen Konstruktion von Armut im Wohlfahrtsstaat**

Die in den Sozialwissenschaften gebräuchlichen Armutsdefinitionen<sup>32</sup> lassen sich in Zusammenhang bringen mit der Geschichte der Armut von der Vor- bis zur Post-Moderne /- Industriegesellschaft. Bis ins 19. Jahrhundert wurde die *Armutsfrage* im christlich geprägten Abendland als *caritatives* Problem betrachtet. Als *Religion der Armut* galt unter den Christen nicht materieller Reichtum im Diesseits („Genuss“), sondern auf Immaterielles gegründeter Reichtum im Jenseits („Seelenheil“) als höchstes Ziel menschlichen Strebens und Trachtens. Drastisch heißt es beim Evangelisten Matthäus in der Diktion der Lutherschen Übersetzung: „Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf der Erde, da sie die Motten und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben und stehlen. Sammelt euch aber Schätze im Himmel, da sie weder Motten noch Rost fressen, und da Diebe nicht nachgraben noch stehlen“ (Matt. 6.19-20). Die Anhäufung von Reichtum um des Reichtums willen widerspricht der christlichen Lehre. Denn: „Niemand kann zwei Herren dienen. (...) Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Matt. 6.24). Reichtum wurde zu einem legitimationsbedürftigen Problem. Das Geben von Almosen bot sich als Lösung an. Mit der Armenfürsorge ließ sich das Streben nach Reichtum

---

<sup>32</sup> Das sind absolute, relative und gefühlte Armut (s.u.). Einen profunden Überblick über die Armutsforschung gibt Berthold Dietz (1997) sowie aktuell Christoph Butterwegge (2012; 2014).

rechtfertigen. Die Sorge um die Armen wurde mit der Sorge um das eigene Seelenheil verknüpft, stand der Himmel doch jenen offen, die in dieser Welt durch Mildtätigkeit, Barmherzigkeit und Nächstenliebe den Geboten Christi genüge taten. Die Reichen halfen den Armen nicht sosehr allein (und primär) aus Altruismus oder Mitleid, sondern auf Grund einer egoistisch aufs eigene Seelenheil schielenden Handlungsmaxime. Das Almosen wurde auf dem himmlischen Konto des wahren Christenmenschen als „Haben“ und Garant des Seelenfriedens, sprich Scheck auf den Eintritt ins Paradies gutgeschrieben. Dadurch war das Streben nach weltlichem Reichtum gerechtfertigt, der letztlich als *conditio sine qua non* der Armenhilfe figurierte. Auf der Grundlage dieser „Ökonomie des Heils“ (Gemerek 1991: 28) entwickelten sich enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Kirche und den Wohlhabenden sowie eine Stärkung des christlichen Glaubens und der weltlichen Macht der Kirche. Soziologisch betrachtet entstand eine spezifische Wechselwirkung, die unterschiedliche Motive und Interessen verschiedener sozialer Akteure zu einem stabilen sozialen Band zusammenschweißte. Diese Verflechtung festigte den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bestimmte über viele Jahrhunderte hinweg das Verhältnis zwischen Arm und Reich.

Der brave Christenmensch sah sich *moralisch* verpflichtet, die schlimmste Not breiter Bevölkerungsschichten zu lindern. Die Solidarität ging aber nicht soweit, die *plebs* auch als Teil der bürgerlichen Gesellschaft anzuerkennen. Dies änderte sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung der westlichen Länder und dem dadurch ausgelösten Wandel der Arbeitsverhältnisse und sozialen Beziehungen insgesamt. Der Übergang von einer auf Manufaktur und Landwirtschaft beruhenden Ökonomie zur industriellen (Massen-)Produktion zwang die Arbeitskräfte zur Abwanderung aus den ländlichen Regionen und deren Massierung an den Rändern der Städte, dort, wo die Produktionsanlagen und ein entsprechender Arbeitsmarkt entstanden. Die Form der Arbeit wandelte sich von der handwerklichen, dauerhafte Gebilde hervorbringenden Kunst zur wohlfeile und vergängliche Waren produzierenden unqualifizierten Lohnarbeit (vgl. Arendt 1958). Die Arbeitenden gerieten in die durch Konjunktur und Krisen geprägten, mal sie anziehenden und dann wieder ausstoßenden Zyklen kapitalistischer Produktion.

Der Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise machte Armut zu einem Massenphänomen. Arm war jetzt der *plebs* oder *demos*, die Mehrheit der Bevölkerung, das Volk. Den Armen

bescheinigte Marx einen durchaus ambivalenten sozialen Status. Sie waren nicht Vollmitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, hatten kein Wahlrecht, wurden aber je nach Konjunktur- oder Krisenzyklus ökonomisch gebraucht oder nicht gebraucht. Als formal freie Bürger im rechtlichen Sinne konnten sie einen Arbeitsvertrag schließen und je nach dem als Konsumenten auf den Gütermärkten auftreten. Soweit sie als Akteure auf den Märkten handelten, hatten sie an der bürgerlichen Gesellschaft als „System der Bedürfnisse“ ökonomisch teil (Hegel 1970: 346-360), aber nicht an deren Politik und Kultur. Der Lohnarbeiter („Proletarier“) als Typus des Armen in der frühbürgerlichen Industriegesellschaft war auf eigentümliche Weise sowohl inkludiert (juristisch und ökonomisch) als auch exkludiert (politisch und kulturell). Das nicht auf den Märkten agierende sogenannte Lumpenproletariat (Vagabunden, Verbrecher, Prostituierte) war dagegen vollkommenen exkludiert und auch Marx sprach ihm jede, eben auch politische, Kulturbedeutung ab: „Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee“ (Marx 1969: 673). Dieser „unproduktive“ und parasitär lebenden Stand stellte mangels fehlenden Klassenbewusstseins – das sich Marx' Meinung nach nur in der Fabrik als dem großen Zuchtmeister des Proletariats bilden konnte – als „Mobilgarde“ (Marx: 1972: 121) der Reaktion eine drohende Gefahr der Arbeiterbewegung dar. Für das Lumpenproletariat wurden Armen- und Arbeitshäuser als kompensatorische Erziehungsanstalten errichtet, in denen man ihm die für die Arbeitsgesellschaft notwendigen Mores lehrte, es in die industrielle Reservearmee eingliederte und damit zum nützlichen Mitglied der Gesellschaft machte (Foucault 1975).

Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung wandelte sich die *Armutfrage* zur *Arbeiterfrage*, verschob sich der Blick von der *Exklusion* und uneigennützigen Hilfe durch caritative Organisationen (Kirchen und andere Moralinstitutionen) zur *Inklusion*, d.h. Teilhabe an der Gesellschaft. Hier lassen sich zwei, nämlich eine von den politischen und ökonomischen Eliten initiierte (staats-)paternalistische und eine durch die Arbeiterbewegung selbst getragene autonome Phase unterscheiden.

Die *Sozialpolitik*, unter Bismarck noch paternalistisch instrumentalisiert zur Abwehr der Sozialdemokratie (einschließlich Verbot), brachte im sozialdemokratischen Jahrhundert (Dahrendorf 1979), also unter der Herrschaft der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik den *Wohlfahrtsstaat* hervor, dem die Lebensvorsorge der Bevölkerung auf der Grundlage einer

*Sozialgesetzgebung* oblag. Mit der Sozialgesetzgebung wurden die *bürgerlichen Freiheitsrechte* um, so Franz-Xaver Kaufmann (Kaufmann 2005: 186-218), *soziale Anrechte* erweitert. Die Segnungen des Wohlfahrtsstaates waren kein paternalistisch gewährtes Almosen mehr, um das man gegebenenfalls betteln musste, sondern ein Bürgerrecht. Nicht mehr allein die ökonomisch durch einen Mangel an Einkommen definierte absolute Armut als Maß für ein Leben am oder unter dem Existenzminimum (z.B. die OECD-Festlegung von 1,25 \$ pro Tag), sondern eine kulturell differenzierende Auffassung von relativer Armut wurde sozial und politisch maßgeblich. Mit der neokonservativen, heute neoliberal genannten Politik unter Reagan, Thatcher und Kohl, die von den Sozialdemokraten unter Blair und Schröder fortgesetzt, wenn nicht radikalisiert wurde, so dass sie im Sinne Merkels schließlich „alternativlos“ erscheint, hat sich ein seit den 1970er Jahren abzeichnender Trend verstetigt: Heiner Geißler (1976) sprach damals als erster von der *Neuen sozialen Frage* und *neuen Armut*, aus der das heutige *Prekariat* hervorging. Dieser Trend, wie er sich in den neuen sozialen Kategorien niederschlug, unterminiert diese durch die Arbeiterbewegung errungenen Anrechte – z.B. durch die Rede vom „Fördern und Fordern“. Wie bereits der Altliberale Dahrendorf (1997) recht früh monierte, etabliert sich hier unter New Labour und der Neuen Sozialdemokratie ein hinter einer (neo-)liberalen Rhetorik kaum verschleierter neuer, unverhohlenen autoritär sich gerierenden postdemokratischer Staatspaternalismus.

Seit den 1990er Jahren hat dieser Trend, der zunächst nur die „Unterschichten“ betraf, auch die Mitte der Gesellschaft erreicht. Es scheint daher unumgänglich, zwischen der Armut der Unterschicht(en) und der relativen Verarmung der Mittelklasse, zu der ja in Deutschland, zumindest was die Einkommen, die Vermögen und das Wahlverhalten angeht, auch weite Kreise der Arbeiterschaft zu zählen sind, zu unterscheiden. Armut wäre dann ein sozialer Status („Unterschicht“), Verarmung Folge und Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels, den wir mit der Metapher „Prekariat“ zu belegen gewohnt sind und der Statusunsicherheit meint („Umschichtung“). Der von Ulrich Beck diagnostizierte und einen Individualisierungsschub auslösende „Fahrstuhleffekt“ – konstant bleibende Ungleichheitsrelationen bei steigendem allgemeinen Wohlstands- und Bildungsniveau – ist mittlerweile von neuen ökonomischen Realitäten eingeholt worden. Beck erweist sich noch ganz als Kind der sozialdemokratischen Wohlstandsgesellschaft („Wohlstand für alle“) und übersah den seit den 1970er Jahren sich anbahnenden Trend zur Umverteilung von unten nach oben, der der Risikogesellschaft ökonomische Fesseln



anlegte und politisch die Basis für einen neuen Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft schuf.

Das neue „Prekariat“ ist nicht so sehr ein objektiver sozialer Status der Exkludierten, vornehmlich von Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund, wie uns der Unterschichtendiskurs der Elite („Das wird man ja noch mal sagen dürfen“) bis hin zu Sarrazin glauben machen will. „Prekariat“ bezeichnet eine *subjektive Befindlichkeit*, entspricht also genau dem, was die Experten *gefühlte Armut* nennen. Der Soziologe sieht in Gefühlen entweder eine Repräsentation einer sozialen Situation oder eine präreflexive, i.d.R. aber doch sozialbedingte Definition einer existentiellen und sozialen Situation, das, was man im Anschluss an Pierre Bourdieu „Habitus“ zu nennen pflegt (Bourdieu 1979). Dieser Habitus oder Lebensstil der neuen Armen entsteht in einer, wie Robert Castel, Klaus Dörre u.a. (Castel/Dörre 2009): sagen, Zone der *Prekarität*, die aus einem objektive Prozess der Erosion von gesellschaftlichen Normalstandards („Normalarbeitsverhältnisse“) resultiert, den Dörre et al. als *Prekarisierung* bezeichnen.

Gegenstand insbesondere des Bonner Projekts ist die Rekonstruktion des sozialen Sinns von Prekariat als Habitus und Lebensstil, wie er insbesondere in der Krise hervortritt. Dieser Habitus oder Lebensstil (im Plural) von Armut steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats und der Etablierung eines Systems von Sozialpolitik, der zum Schluss kurz umrissen werden soll.

Die sozialdemokratische Utopie lebte von der integrierenden Kraft der Arbeit, genauer der Facharbeit; daher die großen Bildungsreformen der ehemaligen Arbeiterpartei. Seit der Ölkrise und einer sich festsetzenden strukturellen („Sockel“-)Arbeitslosigkeit, die auch durch Umverteilung im Sinne der Arbeitszeitverkürzung nicht aufgelöst werden konnte, zeichnete sich ab, dass die Daseinsvorsorge nicht mehr hinreichend über Arbeit gewährleistet werden kann. Gleichzeitig kam es zur Krise der Sozialsysteme, die an den Arbeitsmarkt gekoppelt waren und sind. Die Reformen der rot-grünen Regierung setzten genau hier an. Die scheinbare Lösung verstärkte aber das Problem.

Zudem wurden und werden die sozialen Sicherungssysteme durch die Politik zur Finanzierung sachfremder Leistungen zweckentfremdet: aus den Töpfen der Beitragszahler wurde nicht nur in erheblichem Umfang die deutsche Wiedervereinigung sondern auch Wahlgeschenke an die Klientele der Parteien (Mütterrente für die Konservativen: Nutznießer vor allem Mittel- und

Oberschicht, Frühverrentung für die SPD: Nutznießer vor allem Facharbeiter und Staatsdiener) gezahlt.

Zusätzlich wurde auch die private Altersvorsorge (Sparbücher, Lebensversicherung) durch finanzpolitische Maßnahmen zur Rettung der Banken und die Sanierung der Staatshaushalte herangezogen. Dazu kommen Solidaritätsbeiträge und kalte Progression. Alles das führt zu einer Verunsicherung des Mittelstandes, der z.B. mit Wahlenthaltung oder Protestwahl (AfD) reagiert, alles Anzeichen einer radikalen Individualisierung und Entsolidarisierung.

Es deutet also alles darauf hin, dass sich die Definition von Armut von Fragen der *materiellen Not* zu solchen der *sozialen Teilhabe* verschiebt und damit zu Fragen der Verteilung von Lebenschancen, Lebensqualität, Lebensstilen, kurz: von der Ökonomie zur Kultur und Politik. Ernest Gellner definiert dann auch Kultur, man müsste genauer sagen: bürgerliche Kultur durch Teilnahmekancen an der Gemeinschaft, insbesondere der politischen Bürgerschaft. Armut ist immer auch ein Anzeichen mangelnder Kohäsion der Gesellschaft.

So wie Foucault u.a. für die Armenpflege in der beginnenden Moderne eine Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Praxis im Sinne der Biopolitik, d.i. Herrschaft mittels „Selbstdisziplinierung“ des Körpers, auch Gesellschaftskörpers – Sloterdijk spricht von „Üben“ (Sloterdijk 2009) – nachweisen konnte, und die sozialdemokratische Sozialpolitik zur Professionalisierung bestimmter Handlungszusammenhänge (Medizin, Pädagogik, Sozialarbeit) führte, so wird nun im neoliberalen Zeitalter die Therapeutisierung der Gesellschaft durch Management, auch Selbstmanagement, abgelöst. Mit dem Abbau des Wohlfahrtsstaates im Zuge der Privatisierung der Daseinsvorsorge etabliert sich zum einen das Prekariat als gesellschaftlicher Normalzustand für weite Teile der Bevölkerung und vollzieht sich zum anderen eine De-Professionalisierung im System der Sozialpolitik. Entsprechend entwickelt sich jenseits von Markt und Staat der Dritte Sektor zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation als neue Macht.

Die Ergebnisse der Rekonstruktion lassen sich in folgendem Modell abbilden:

<b>Armutsbegriff</b>	<b>Gesellschaftstyp</b>	<b>Institution</b>	<b>Wirkprinzip</b>
absolute Armut	Pauperisierung traditionale Gesellschaft	Bürgerschaft (Kommune) Armen-/ Arbeitshaus	Caritas Moral
<b>relative Armut</b>	Proletarisierung moderner Kapitalismus	Sozial- / Wohlfahrtsstaat	Inklusion Anrechte

gefühlte Armut	Prekarisierung Mittelschichts-Gesellschaft	Nichtregierungs-/Moralinstitutionen Zivilgesellschaft	Individualisierung Lebensstil Remoralisierung
----------------	--	---	---

Der Begriff der absoluten Armut ist ökonomisch bestimmt durch den Mangel an Einkommen, d.h. ein Leben am oder unter dem Existenzminimum. Armut erscheint als nichtökonomische, d.h. nichtsoziale Tatsache, und Schicksal. Hilfe leitet sich entweder aus der Solidarität der Zunfts-, Nachbarschafts- oder Glaubensgemeinschaft ab, ist caritativer Art, in Moral begründet und erzeugt Stigmatisierungen (unterschieden wird zwischen den unschuldigen oder „verschämten“ Armen, denen geholfen wird, und den willentlichen oder „unverschämten“ Armen, denen Hilfe versagt wird und die dann in den Armen- oder Arbeitshäusern zu moralischen und d.h. nun arbeitsfähigen Menschen erzogen werden). Der absolute Armutsbegriff („Pauperismus“) hat Gültigkeit in traditionellen Gesellschaften, aber auch in den Frühphasen moderner, funktional differenzierter Gesellschaften („Kapitalismus“), betrifft hier aber nicht Randgruppen, sondern die Mehrheit der Gesellschaft, das Proletariat. Armut ist in der Industriegesellschaft nicht mehr individuelles Schicksal, sondern strukturell und zwar ökonomisch verursachte soziale Klassenlage. Erst Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts gelingt es der Arbeiterbewegung die Inklusion der von Armut geplagten Lohnarbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft durch die Institution des Wohlfahrts- und Sozialstaates. Armenhilfe wird vom persönliche Abhängigkeit stiftenden Gnadenakt zu einem den Katalog der bürgerlichen Freiheitsrechte um sozialgesetzlich garantierte materiale Anrechte. Der absolute Armutsbegriff weicht einem auf kulturell bestimmte Lebensstandards und Lebensführungsstile gegründeten Begriff relativer Armut. Mit dem gesetzlichen Anspruch oder Bürgerrecht auf Hilfe kommt es zu einer Versachlichung, so dass eine persönliche Abhängigkeit vom Helfer sowie Stigmatisierung und Ausgrenzung aus der bürgerlichen Gesellschaft im Prinzip ausgeschlossen ist, auch wenn es real zu neuen Abhängigkeiten von der Bürokratie und den Experten kommt. Gegenwärtig erleben wir mit dem Rückbau (auch des Sozial-) Staates im Zuge der neoliberalen Wende eine Privatisierung der Daseinsvorsorge, die sich im Falle der Armen als eine zunehmende Alimenterung durch zivilgesellschaftliche Organisationen zeigt. Mit der Privatisierung und Individualisierung der Daseinsvorsorge auch der Armen ergibt sich zum einen eine Pluralisierung der

Lebensstile des sich aus (fast) allen sozialen Milieus rekrutierenden Prekariats sowie zum anderen eine Moralisierung und Stigmatisierung der nun wieder als individuelle Schuld zuge-rechneten Armut.

## 7. Literatur

- Acemoglu, Daron/Simon Johnson/James A. Robinson (2002): Reversal of Fortune. Geography and Institutions in the Making of the Modern World Income Distribution. *American Economic Review* 91, 1369-1401.
- Acemoglu, Daron/James A. Robinson (2012): *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty.* New York.
- Adly, Amr (2012): *State Reform and Development in the Middle East. Turkey and Egypt in the Post-Liberalization Era.* London.
- Agamben, Giorgio (1995): *Homo sacer. Il potere sovrano et la nuda vita.* Turin; deutsch: *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben.* Frankfurt am Main 2002.
- Andreß, Hans-Jürgen/Martin Kronauer (2006): *Arm-Reich.* In: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hg.): *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft.* Frankfurt am Main/New York, S. 28–52.
- Arendt, Hannah (1958): *The Human Condition.* Chicago.
- Banerjee, Abhijit V./Esther Duflo (2011): *Poor Economics. A Radical Rethinking of the Way to Fight Global Poverty.* New York.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt am Main.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann (1966): *The Social Construction of Reality.* Garden City/New York; deutsch: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie.* Frankfurt am Main 1970.
- Boltanski, Luc/Eva Chiapello (1999): *Le nouvel Ésprit du Capitalisme.* Paris; deutsch: *Der neue Geist des Kapitalismus.* Konstanz 2003
- Bourdieu, Pierre (1979): *La distinction. Critique social du jugement.* Paris ; deutsch : *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Frankfurt am Main 1982.
- Bourdieu, Pierre (1993): *La misère du monde.* Paris; deutsch: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft.* Konstanz 1997.

- Braudel, Fernand (1949): *La méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II*. Paris; deutsch: Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II. 3 Bände. Frankfurt am Main 2001.
- Brinkmann, Ulrich/Klaus Dörre/Silke Röbenack (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Eine Expertise, Bonn.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2005): Ökonomie der Armut. In: Clemens Sedmak (Hg.): *Option für die Armen*. Freiburg/Basel/Wien, S. 59-80.
- Bundesagentur für Arbeit: *Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigungsstatistik 2015*, online unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201501/iiiia6/beschaeftigung-sozbe-monatsheft-wz/monatsheft-wz-d-0-201501-pdf.pdf>. (Stand: 01.05.2015).
- Bundesagentur für Arbeit: *Arbeitsmarkt im Überblick*. Online unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick-Nav.html>.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.): *Lebenslagen in Deutschland - Vierter Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung*. 7. März 2013.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) (2014): *Die soziale Situation in Deutschland. Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten*. Unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61785/armutsgefaehrdung> (Stand: 01.01.2015).
- Butterwegge, Christoph ([2009] 2012): *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. Frankfurt am Main/New York.
- Butterwegge, Christoph (2012): *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?* Weinheim/Basel.

- Castel, Robert/Klaus Dörre (Hg.)(2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York.
- Cremer, Georg (2015): Die tief zerklüftete Republik. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. April 2015.
- Dahrendorf, Ralf (1979): Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Frankfurt am Main 1979.
- Dahrendorf, Ralf (1997): An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. Die Globalisierung und ihre sozialen Folgen werden zur nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit. Die ZEIT Nr.47 vom 14. November 1997.
- Deutscher Bundestag (Hg.): Lebenslagen in Deutschland – Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Drucksache 14/5990. 8. Mai 2001.
- Deutscher Bundestag (Hg.): Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Drucksache 15/5015. 3. März 2005.
- Deutscher Bundestag (Hg.): Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Drucksache 16/9915. 30. Juni 2008.
- Diamond, Jared (1997): Guns, Germs, and Steel. New York.
- Dietz, Berthold (1997): Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt/New York.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenberichte Nr. 10/2008.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2010): DIW-Wochenbericht Nr. 7/2010.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2014): Vermögensverteilung. DIW-Wochenbericht Nr. 9/2014.
- Dribbusch, Barbara/Ulrich Schulte: Getunter Armutsbericht. Sozialminister Scholz sieht 13 Prozent der Deutschen in Armut, die Statistik zeigt aber 18 Prozent. *taz. die tageszeitung* vom 20.5.2008.

- Duflo, Esther (2013): Kampf gegen die Armut. Berlin.
- Easterly, William (2006): The White Man's Burden. Why the West Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good. New York.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2007): Multiple Modernities. Der Streit um die Gegenwart. Berlin.
- Eurobarometer (2010): Poverty and Social Exclusion. Unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb\\_special\\_359\\_340\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_359_340_en.htm) (Stand: 01.01.2015).
- European Stability Initiativ (ESI) (2005): Islamische Calvinisten. Umbruch und Konservatismus in Zentralanatolien, Berlin/Istanbul, abrufbar unter: [www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=156&document\\_ID=71](http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=156&document_ID=71). (Stand: 01.01.2015).
- Eurostat (2014): Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Person. Unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=t2020\\_50](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=t2020_50) (Stand: 01.01.2015).
- Foucault, Michel (1975): Surveiller et punir. La naissance de la prison. Paris; deutsch: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main 1976.
- Gaschke, Susanne (2015): Die neue Armut der Deutschen. DIE WELT vom 7. April 2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article139174824/Die-neue-Armut-der-Deutschen.html>.
- Geißler, Heiner (1976): Die Neue Soziale Frage: Armut im Wohlfahrtsstaat. Die Übermacht der Organisierten. Rentner haben keine Lobby. Stuttgart.
- Gellner, Ernest (1994): Encounters with Nationalism. Oxford.
- Granovetter, M. (1985): Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness. American Journal of Sociology. Vol. 91, Nr. 3, S. 481-510.
- Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit - Kleine Politische Schriften V. Frankfurt am Main.
- Hartmann, Michael (2006): Elitesoziologie. Frankfurt/Main.
- Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit – Kein Thema für Eliten? Frankfurt am Main.



Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

Hayek, Friedrich August v. (1991): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich ([1821] 1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts. Theorie Werkausgabe. Frankfurt am Main.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2012): IAB-Forum 1/2012: Befristete Arbeitsverhältnisse. [http://doku.iab.de/forum/2012/Forum1-2012\\_Hohendanner.pdf](http://doku.iab.de/forum/2012/Forum1-2012_Hohendanner.pdf) (Stand: 01.01.2015).

Illich, Ivan (1979): Entmündigung durch Experten. Kritik der Dienstleistungsberufe. Reinbek bei Hamburg.

Kaufmann, Franz Xaver ([2002] 2005): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen. Wiesbaden.

Kaufmann, Franz Xaver (2006): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main.

Lewis, Oscar (1966): La Vida. A Puerto Rican Family in the Culture of Poverty. San Juan/New York.

Marx, Karl ([1852] 1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Marx-Engels-Werke Bd. 8. Berlin.

Marx, Karl ([1890] 1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1. Marx-Engels-Werke Bd. 23. Berlin.

Montesquieu, Charles de (1986): Vom Geist der Gesetze. Stuttgart. (Original: Anonymous: De L'ésprit des Loix. Genf 1748).

Münkler, Herfried (2010): Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung. Berlin.

Negt, Oskar (2002): Einführung. In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht. Ein Memorandum. Hannover.

- Osterhammel, Jürgen (2002): Gesellschaftsgeschichtliche Parameter chinesischer Modernität. in: Geschichte und Gesellschaft 28, S. 71-108.
- Paqué, Karl-Heinz (2014): Die Ordnung der Wirtschaft. Gibt es doch Gesetze des Kapitalismus? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. September 2014.
- Der Paritätische Gesamtverband (2015): Die zerklüftete Republik. Berlin.
- Paugam, Serge (2005): Les formes élémentaires de la pauvreté. Paris ; deutsch : Die elementaren Formen der Armut. Hamburg 2008.
- Piketty, Thomas (2013): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge/London; deutsch: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014.
- Sachs, Jeffrey D. (2005): The End of Poverty. Economic Possibilities for Our Time. New York.
- Samuelson, Paul A./William D. Nordhaus (1998): Volkswirtschaftslehre. Übersetzung der 15. Auflage. Wien.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München.
- Schelsky, Helmut (1965): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft. In: ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf/Köln 1965.
- Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. New York.
- Sen, Amartya (2000): Social Exclusion. Concept, Application, and Scrutiny Social Development Papers No.1. Asian Development Bank.
- Sen, Amartya (2010): The Idea of Justice. London.
- Sennett, Richard (1998): The Corrosion of Character. New York: W. W. Norton; deutsch: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
- Simmel, Georg ([1892] 1999): Die Probleme der Geschichtsphilosophie. Eine erkenntnistheoretische Studie. Gesamtausgabe Bd. 2: Aufsätze 1887-1890, S. 297-423.

- Simmel, Georg (1992): Der Arme. In: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Bd. 11, herausgegeben von Ottheim Rammstedt. Frankfurt am Main, S. 512-555.
- Sloterdijk, Peter (2009): Du musst dein Leben ändern. Über Anthropotechnik. Frankfurt am Main.
- Soeffner, Hans-Georg (2012): Die Zukunft der Soziologie. In: ders. (Hg.): Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010. Berlin.
- Standing, Guy (2011): The Precariat. The new dangerous class. London/New York.
- Statistisches Bundesamt (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.
- Stern, Nicholas (2007): The Economics of Climate Change. The Stern Review. Cambridge.
- Stieglitz, Joseph (2012): The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future. New York City.
- Tänzler, Dirk (2006a): Von der Seinsgebundenheit zum Seinsverhältnis. Wissenssoziologie zwischen Gesellschaftstheorie und Hermeneutik der Kulturen. In: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hg.): Neue Perspektiven der Wissenssoziologie. Konstanz, S. 317-335.
- Tänzler, Dirk/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hg.) (2006b): Zur Kritik der Wissensgesellschaft. Konstanz.
- Weber, Max ([1904] 1968): Die >Objektivität< sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen, S. 146-214.
- Weber, Max ([1920] 1963): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie Bd. 1. Tübingen.
- Weber, Max ([1921] 1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen.
- Wilson, William Julius (2009): More Than Just Black. Being Black and Poor in the Inner City. New York.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI Daten-Report 2014: Arbeitszeiten in Deutschland. Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik. Düsseldorf.

## **8. Weitere Quellen**

Frankfurter Allgemeine Zeitung (27.02.2014): „Wie Schlimm sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich?“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (21.07.2014): „Ungleichheit überschätzt. Die Deutschen fühlen sich gerne schlecht“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (19.12.2014) „Hartz IV hat die Ärmsten reicher gemacht“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (23.12.2014): „Die Reallöhne der Deutschen steigen kräftiger Fast. 2 Prozent Zuwachs wegen geringer Teuerung“.

Handelsblatt (16.12.2014): „Studie Leben in Deutschland. Jeder Fünfte in Deutschland von Armut betroffen“. Statistisches Bundesamt laut dpa.

Süddeutsche Zeitung (23.12.2014): „In Deutschland wächst der Wohlstand.“

The Economist (06.09.2014): “Wage stagnation. The big freeze. Throughout the rich world, wages are stuck”.